



## Protokoll des Zürcher Kantonsrates

---

### 183. Sitzung, Montag, 18. Dezember 2006, 8.15 Uhr

Vorsitz: *Hartmuth Attenhofer (SP, Zürich)*

### Verhandlungsgegenstände

#### 11. Stromversorgung im Kanton Zürich nach 2020

Ergänzungsbericht des Regierungsrates vom 12. Juli 2006 zum dringlichen Postulat [KR-Nr. 160/2004](#) und geänderter Antrag der KEVU vom 31. Oktober 2006

[4263c](#) ..... Seite 13144

#### 12. Augen auf beim Holzkauf (nur FSC-zertifiziertes Holz zulassen)

Postulat von Marcel Burlet (SP, Regensdorf).

Jacqueline Gübeli (SP, Horgen) und André Bürgi (SP, Bülach) vom 30. Mai 2005

[KR-Nr. 157/2005](#), Entgegennahme, Diskussion..... Seite 13164

#### 13. Kantonale Fahrzeuge mit Erdgas-/Naturgas-Antrieb

Postulat von Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden), Esther Hildebrand (Grüne, Illnau-Effretikon) und Jürg Stünzi (Grüne, Küsnacht) vom 29. August 2005

[KR-Nr. 243/2005](#), Entgegennahme, Diskussion (gemeinsame Behandlung mit [KR-Nr. 264/2005](#)) ..... Seite 13170

#### 14. Kantonale Fahrzeuge mit Gas-Antrieb

Postulat von Gabriela Winkler (FDP, Oberglatt), Anita Simioni-Dahm (FDP, Andelfingen) und Gaston Guex (FDP, Zumikon) vom 26. September 2005

[KR-Nr. 264/2005](#), Entgegennahme, Diskussion (gemeinsame Behandlung mit [KR-Nr. 243/2005](#)) ..... Seite 13170

## Verschiedenes

- Weihnachtswünsche des Ratspräsidenten..... Seite 13181
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse ..... Seite 13182

## Geschäftsordnung

*Ratspräsident Hartmuth Attenhofer:* Das Wort wird nicht verlangt.  
Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

## 14. Stromversorgung im Kanton Zürich nach 2020

Ergänzungsbericht des Regierungsrates vom 12. Juli 2006 zum dringlichen Postulat [KR-Nr. 160/2004](#) und geänderter Antrag der KEVU vom 31. Oktober 2006 [4263c](#)

*Sabine Ziegler (SP, Zürich), Präsidentin der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU):* Am 5. Dezember 2005 hat der Kantonsrat den Regierungsrat aufgefordert, einen Ergänzungsbericht zum dringlichen Postulat «Stromversorgung nach 2020» vom 22. Juni 2005 zu verfassen. Im Ergänzungsbericht seien insbesondere Szenarien aufzuzeigen, wie die Stromversorgung im Kanton Zürich ökologisch nachhaltig gewährleistet werden kann, wenn im Jahr 2020 kein neues Kernkraftwerk zur Verfügung stehen sollte. Der Regierungsrat hat den geforderten Ergänzungsbericht dem Kantonsrat am 12. Juli 2006 unterbreitet.

Die Frage nach der künftigen Stromversorgung wird auch in der Öffentlichkeit intensiv geführt. Anlass ist die Tatsache, dass nach dem Jahr 2020 die der Axpo gehörenden Kernkraftwerke Beznau I und Beznau II und kurz darauf auch das Kernkraftwerk Mühleberg altershalber stillgelegt werden. Unbestritten ist ja, dass mit der Stilllegung eine markante Reduktion der schweizerischen Selbstversorgung mit Elektrizität eintreten wird. Wie und ob diese mit Angst heraufbeschworen Selbstversorgungslücke geschlossen werden kann, ist umstritten.

Im Zusammenhang mit dem zur Diskussion stehenden Postulat wurde die aus dem Jahr 1994 stammende «Vision Energie 2060» im AWEL (*Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft*) der Baudirektion überarbeitet. Die wichtigsten Erkenntnisse sind die Folgenden:

Erstens: Der Energieverbrauch in der Schweiz und damit auch im Kanton Zürich sollte bis 2050 in etwa halbiert werden, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoss auf ein nachhaltiges Niveau zu senken. Dies stellt den zürcherischen Beitrag zum Kyoto-Protokoll dar.

Zweitens: Die dazu erforderlichen Effizienzverbesserungen und die nötige Substitution der fossilen Energieträger haben zur Folge, dass der Stromverbrauch im besten Fall stabil bleibt, jedoch nicht sinkt.

Mit der «Vision Energie 2050» wurden für den künftigen Strombedarf Szenarien vorgestellt. Diese Vision weicht wesentlich ab von früheren Papieren und stelle eine fachkundige und tief greifende Analyse dar. Dafür danke ich herzlich. Im vorliegenden Ergänzungsbericht können die Szenarien entnommen werden. Für den Bereich der Strombereitstellung haben die Fachleute des Kantons das Potenzial der erneuerbaren Energien im Kanton Zürich intensiv untersucht. Die Einzelheiten können Sie dem Ergänzungsbericht entnehmen. Als wichtigste Erkenntnisse aus dieser Zusatzstudie seien genannt:

Erstens: Falls das ganze Potenzial für Strom aus erneuerbaren Energien – sprich: Wind, Sonne, Wasser, Holz oder Erdwärme – ausgeschöpft werden kann, ist es theoretisch möglich, den heutigen Strombedarf in der Schweiz zu decken. Schwierig ist, dass zumindest heute einerseits keine Stabilisierung des Stromverbrauchs erkennbar ist und andererseits die vollständige Ausschöpfung des Potenzials erneuerbarer Energien innert nützlicher Zeit kaum möglich scheint.

Zweitens: Für den Kanton Zürich allein ist die Selbstversorgung mit Strom aus erneuerbaren Energien kaum möglich, weil bei uns im Vergleich mit den gebirgigen Landesteilen nur wenig Strom aus Wasserkraft erzeugt werden kann.

Was die Einschätzung des Potenzials von erneuerbaren Energien und die Geräteeffizienz betrifft, ist die ganze KEVU mit dem vorliegenden Ergänzungsbericht sehr zufrieden. Die Problemanalyse wurde äusserst sorgfältig vorgenommen und wird der Baudirektion respektive der zuständigen Amtsstelle bestens verdankt.

Die Mehrheit der Kommission beantragt, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Eine Minderheit hätte gewünscht, dass die Regierung im Ergänzungsbericht auch konkret aufzeigt, welche Massnahmen auf Produktions- und Verbraucherseite zu ergreifen sind, um die Ziele des Szenario «Vision 2050 Politik» zu erreichen, und beantragt eine anders lautende Stellungnahme.

In meiner Funktion als Präsidentin der vorberatenden Kommission beantrage ich dem Rat, der Mehrheit der KEVU zu folgen und das Postulat als erledigt abzuschreiben.

*Natalie Vieli-Platzer (Grüne, Zürich):* Zur Abwechslung spreche ich mal nicht zu Personalfragen. Nach der ersten dürftigen Antwort der Regierung haben wir nun eine vertiefte Auslegeordnung über das Angebot und das Potenzial ökologisch nachhaltiger Energieproduktion erhalten. Kurz auf einen Nenner gebracht, hinterlässt dieser Bericht den Eindruck: Es gibt Möglichkeiten, es ist Potenzial vorhanden, aber es fehlt der politische Wille. Wir sprechen von einer Stromversorgungslücke, von ernsthaften Bedenken, wie im Kanton Zürich der Strombedarf in nicht mehr als zehn bis fünfzehn Jahren gedeckt werden kann, und treffen im Bericht auf eine Variante «Basis» und eine eher resigniert ausgeführte Variante «Plus», die ein Vielfaches des Deckungsvermögens mittels erneuerbarer Energieträger für möglich hält, die aber – wie beigefügt wird – ein ungleich grösseres finanzielles energiepolitisches Engagement erfordert.

Sehr geehrte Baudirektorin Ursula Gut, vergessen Sie die Variante «Basis»! Wir haben schlicht nicht die Zeit zu verlieren mit Minimalvarianten, sondern müssen uns an das nach heutiger Erkenntnis Maximalmögliche halten und dieses mit allem – ja, mit allem! – möglichem Wissen forcieren. Auf Seite 8 der Antwort heisst es: «Eine ökologisch nachhaltige Stromversorgung wird nur sehr langfristig erreichbar sein.» Was lesen wir hier heraus? Sie ist erreichbar! Forschung und technische Innovation brauchen optimale Rahmenbedingungen und Geld. Wenn ich lese, dass die Axpo in den nächsten fünf Jahren 100 Millionen Franken in erneuerbare Energien investieren will, dann ist das schlicht und einfach lächerlich. In Kernkraftwerke sind sie bereit, Milliarden zu investieren. Wir können legislatorisch zwar nicht mit Bern oder Basel Stadt mithalten, aber wir verfügen dennoch über eine einigermaßen fortschrittliche, wenn auch teilweise unverbindliche Energiegesetzgebung. Demzufolge mangelt es eher an der konsequenten Umsetzung. In seinen Szenarien geht der Regierungsrat von einem steigenden Stromverbrauch aus, und das, obwohl Studien belegen, dass mit der konsequenten Förderung der Energieeffizienz die Produktion der AKW Beznau I und II eingespart werden könnte. Es kann doch nicht angehen, dass wir tatenlos zusehen, wie der Verbrauch immer weiter wächst. Die Umweltverbände haben eine

Best-Geräte-Strategie erarbeitet. Es existieren nach wie vor leider wenig bekannte Energieeffizienz-Labels. Es gibt Stromsparmassnahmen ohne Komforteinbusse und schliesslich gibt es Bildung und Information. Eine verantwortungsvolle Energiepolitik bedient sich aller Kanäle und verfolgt technisch-ökologisch Maximallösungen und gibt sich nicht mit einer Basisvariante zufrieden.

Sehr geehrte Regierungsrätin Ursula Gut, wir erwarten, dass Sie sich die Variante «Plus» zum Ziel setzen und mindestens 70 Prozent des aktuellen Bedarfs mit erneuerbaren Energie decken anstatt nur 30 Prozent, dass Sie die Nutzung von Umweltwärme zu 90 und nicht nur zu 30 Prozent anstreben, dass Sie das fünffache Potenzial an Geothermie anpeilen, dass Sie den steigenden Stromverbrauch nicht als gottgegeben hinnehmen und der Energiekonsumententwicklung nicht weiterhin tatenlos zusehen, dass Sie aktiv Informationskampagnen und Bildungsoffensiven zur Förderung von Energieeffizienz und Energiesparen lancieren, dass Sie kreative und wirksame Vorschläge für Lenkungsmassnahmen und Anreizprogramme zur Verbrauchssenkung erarbeiten, dass Sie mittels Impuls energiebezogene Bildung und Innovation auf dem Forschungsplatz Zürich ankurbeln, dass Sie analog zum Kanton Bern Leistungsvereinbarungen mit Gemeinden zur Erfüllung des energiepolitischen Auftrags prüfen, dass Sie eine volkswirtschaftlich ehrliche Kostenkalkulation betreiben mit der Internalisierung externer Kosten und dass Sie schliesslich die Verantwortung für eine nachhaltige Energiepolitik im Kanton Zürich und damit den Lead für eine zielgerichtete Zusammenarbeit zwischen Behörden aller Ebenen, der Wirtschaft, den Umweltorganisationen und der Gesellschaft übernehmen. Ich gebe Ihnen die Liste gerne auch schriftlich ab.

Der Zeitpunkt ist gut, Umweltschutz ist salon- oder kinofähig, der Nationalrat macht es Ihnen mit dem Stromversorgungsgesetz und der Förderabgabe für erneuerbare Energie vor und lässt sich zum Glück nicht von Tagesaktualitäten vom richtigen Weg abbringen. Und auch der Ständerat beschreitet mit der Einführung der CO<sub>2</sub>-Abgabe endlich den richtigen Weg.

In diesem Sinne und mit grossen Erwartungen an Sie, geschätzte Baudirektorin Ursula Gut, schreiben wir ab und unterstützen die Stellungnahme des Minderheitsantrags.

***Minderheitsantrag Peter Anderegg, Robert Brunner, André Bürgi, Marcel Burlet, Gerhard Fischer, Priska Seiler Graf, Sabine Ziegler:***

*Gestützt auf § 24 Abs. 3 Kantonsratsgesetz gibt der Kantonsrat die nachstehende Stellungnahme ab:*

*Die Einschätzung des Potenzials erneuerbarer Energien sowie der Geräteeffizienz wird im Wesentlichen geteilt. Es fehlen jedoch die politischen Vorgaben zur Erreichung der formulierten Ziele. Der Regierungsrat muss konkret aufzeigen, welche Massnahmen auf Produktions- und Verbrauchsseite zu ergreifen sind, um die Ziele gemäss Szenario «Vision 2050, Politik» zu erreichen. Nur so kann es gelingen – wenn nicht bis 2020 – so zumindest langfristig die Stromproduktion nur mit erneuerbaren Energien zu decken.*

*Peter Anderegg (SP, Dübendorf):* Gestatten Sie mir, dass ich die Abschreibung des Postulates zum Anlass nehme, etwas ausführlicher noch zum Energiethema Stellung zu nehmen.

Es freut mich natürlich, dass Regierungsrätin Ursula Gut in ihrer 101-Tage-Bilanz festhält, dass die Baudirektion eine klare Haltung des Kantons Zürich bezüglich Stromversorgung 2020 erarbeiten will, um den Stromverbrauch zu senken und erneuerbare Energien zu fördern. Aber das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel, weil 2020 quasi übermorgen ist. Genau darum haben wir bei der Abschreibung des Postulates eine abweichende Stellungnahme eingebracht. Es ist absolut unerlässlich, klare politische Vorgaben zu machen, welche konkreten Massnahmen zur massiven Effizienzsteigerung und zur Förderung erneuerbarer Energien zu ergreifen sind. Ich nehme an, die Baudirektion hat auch dieses Wissen. Wenn sie es nicht haben sollte, dann empfehle ich Ihnen das SP-Papier zur Energiepolitik. (*Heiterkeit.*) Ohne diese Massnahmen werden wir weder mittelfristig noch langfristig irgendeine Chance haben, unsere Stromversorgung möglichst vollständig mit erneuerbaren Energien zu decken. Im Gegensatz zum schweizerischen Stromnetz mit zirka 60 Prozent Wasserkraft und 40 Prozent Kernkraft bezieht der Kanton Zürich via EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*) und Axpo einen Strommix mit rund 30 Prozent Wasserkraft und 70 Prozent Kernkraft, ein Klumpenrisiko, das die Axpo kennt und darum beginnt, ihren Strommix breiter abzustützen. Nebst den eher fragwürdigen ausländischen Gaskraftaktivitäten beginnt die Axpo auch, in erneuerbare Energien zu investieren.

Die Energie- und CO<sub>2</sub>-Debatte darf aber nicht allein beim Strom geführt werden, der rund einen Viertel des schweizerischen Energieverbrauchs ausmacht. Sie muss zwingend die Brenn- und Treibstoffe

beinhalten, weil diese mit drei Vierteln des Energieverbrauchs primär für den CO<sub>2</sub>-Ausstoss verantwortlich sind und Energieumwandlungsprozesse gesamtheitlich betrachtet werden müssen. Die nun vom Ständerat beschlossene CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Heizöl geht in die richtige Richtung, auch wenn dies bei den Treibstoffen nötiger wäre. Diese Gesamtbetrachtung darf nicht vergessen werden bei der Diskussion um die anhin CO<sub>2</sub>-freie Stromproduktion.

Die Analyse der Regierung, dass es nach heutigem Erkenntnisstand keine realistischen Szenarien gebe für eine inländische, ökologisch nachhaltige Stromproduktion, mit der die im Jahr 2020 wegfallenden Kernkraftwerke kompensiert werden könnten, ist nachvollziehbar, ebenso die Einschätzung, dass dies nur sehr langfristig und kaum ohne Stromimporte gelinge. Aber daraus zieht die SP den Schluss, dass der Regierungsrat alles – alles! – daran setzen muss, die optimalen Bedingungen zu schaffen, um wenigstens die langfristigen Ziele der «Vision Energie 2050» zu erreichen. Dazu braucht es verbindliche politische Randbedingungen bezüglich Energieeffizienz und Förderung der erneuerbaren Energien. Studien des Bundes und der Axpo gehen davon aus, dass es langfristig möglich sei, die Hälfte des Strombedarfs mit erneuerbaren Energien zu decken und die andere Hälfte mit der etablierten Wasserkraft. Aber wir müssen jetzt Entscheide treffen, und nicht in zehn Jahren wieder diskutieren vor dem Hintergrund noch höherer Energiepreise, nicht bewilligter Kernkraftwerke und einer realen Stromlücke. Viele der erneuerbaren Energien stehen vor dem Durchbruch, auch wenn es Rückschläge gibt wie aktuell beim Geothermie-Projekt in Basel (*durch Sprengbohrung ausgelöstes Erdbeben*). Aber solche Rückschläge gab es immer bei der Erforschung neuer Technologien. Genau darum kann sich der Staat nicht aus der Pflicht nehmen, weil Szenarien auch Umsetzungsstrategien brauchen und alle neuen Energien, nicht nur die erneuerbaren, Fördermassnahmen benötigen.

Nun komme ich noch zu einem Kapitel, das vielleicht in der SP ein wenig umstritten ist, aber ich möchte noch etwas zur Kernkraft sagen, zu der ich vielleicht ein wenig eine andere Meinung habe. Sollten wir den Stromverbrauch nicht genügend drosseln können, wird realistischerweise eine Versorgungslücke bleiben, sofern wir nicht Kernenergie oder fossile Energie einbeziehen. Beispielsweise mit Gas in kombinierten Gas-Dampfkraftwerken oder Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen. Eine Verlängerung des Betriebs der bestehenden Kernkraftwerke Beznau und Mühleberg stehen für mich aus Sicherheitsüberlegungen

ausser Diskussion. Ich halte aber auch daran fest, was ich vor einem Jahr schon hier gesagt habe: Wenn wir uns langfristig – und ich meine wirklich langfristig: 50, 60, 70 Jahre – für eine Stromversorgung auf der Basis erneuerbaren Energien entscheiden, dann geht es letztlich darum, für eine Übergangszeit auch Strom aus einem Ersatzkernkraftwerk zu beziehen. Nur vermute ich, dass durch die politisch oft sehr emotional geführte Diskussion ein neues Kernkraftwerk kaum rechtzeitig zur Verfügung stünde. Bundesrat Moritz Leuenberger formuliert es also richtig, wenn er sagt, die Diskussion über Kernkraftwerke werde wieder aufgenommen, ob wir wollen oder nicht. Dazu noch eine Klammerbemerkung: Die Entsorgung der nuklearen Abfälle müssten wir unabhängig davon in den nächsten Jahren politisch lösen und der zusätzliche Abfall eines Ersatzkraftwerkes ändert daran überhaupt nichts. Aber eigentlich möchte ich in ferner Zukunft auf die Kernenergie verzichten, weil ich auf Grund der Fakten überzeugt bin, dass wir unseren Strombedarf durch effizienten Energieeinsatz und erneuerbare Energien viel intelligenter decken können, sofern die Politik ihre Steuerungsfunktion jetzt ganz klar wahrnimmt. Energie war immer ein zentrales Gesellschaftsthema. Wenn ich an den globalen Energiehunger denke, wage ich zu behaupten, dass Energie künftig ein wichtiges Schlüsselthema sein wird. Der Kanton Zürich kann in seinem Bereich einen wichtigen Lösungsbeitrag leisten.

Unsere abweichende Stellungnahme will die Regierung in ihrem Tatendrang, den sie hoffentlich hat, unterstützen. Ich bitte Sie daher, das Postulat mit dieser Stellungnahme abzuschreiben.

*Willy Germann (CVP, Winterthur):* Die CVP ist für Abschreibung des Postulates. Der Auftrag ist erfüllt. Ich erinnere daran, dass die CVP dafür war, dass ein Ergänzungsbericht erstellt wird. Ich glaube, dass eine weitere Schlaufe, ein weiterer Bericht im Moment nichts bringt ausser vielleicht wirkungslosen Deklarationen, die ziemlich realitätsfern wären. Tatsache ist nämlich: Im Moment ist vor allem der Bund gefragt. Ich erinnere zum Beispiel an die KKW-Diskussion. Kantonale Massnahmen wurden bereits eingeleitet. Man kann darüber diskutieren, was hier nötig wäre. Wir haben auch mit einem gemeinsamen Vorstoss etwas in die Wege geleitet. Ich hoffe, das gehe dann über die Bühne. Ich erinnere an den Vorstoss «Biomasse», wo wir bei den Erstunterzeichnern waren. Und da ist zum Beispiel ein Bereich, wo Handlungsbedarf ist.



Ich teile die Meinung der Vorrednerinnen und Vorredner, der Verbrauch steigt in einem Ausmass, das nicht tolerierbar ist. Aber da kommen wir schnell an eine Diskussion, wo es heisst: Soll die Nachfrage in jedem Fall befriedigt werden? Sollten wir nicht in Richtung Angebotsorientierung schauen, um etwas zur Mässigung der Nachfrage beizutragen. Und da hat der Kanton Zürich schon einiges gemacht; das stimmt. Ich erinnere an den Gebäudebereich, Energieeffizienz. Das sind zum Teil härtere Auflagen als in andern Kantonen, was die Energieeffizienz angeht. Nun geht es aber natürlich letztlich um die Frage unserer steigenden Raumnachfrage. Das ist mit ein Grund für mehr Energie, für mehr Verkehr. Also wir sind letztlich in einem Gebiet, wo es um die Raumplanung geht, wo es letztlich auch um den Lebensstil geht, letztlich auch um die Pädagogik. Ich weiss, diese Fragen werden gerne tabuisiert, aber es ist eine Grundsatzfrage: Müssen wir einfach allen Bedürfnissen nachgeben, sei es im Verkehr oder jetzt bei der Energie?

Im Bereich Stromversorgung haben Bund und Axpo verschiedene Szenarien aufgezeigt. Und es stimmt, diese Szenarien befriedigen nicht voll und ganz, vor allem bei der Axpo. Da haben wir schon im Rat drin markiert, dass da das Potenzial an erneuerbarer Energie als viel zu gering eingestuft wird. Und die 100 Millionen Franken sind ein Pflasterli, das da für Forschung im Bereich erneuerbarer Energien eingesetzt wird. Aber wir kommen schnell zu einer Streitfrage, die auch mein Vorredner angetippt hat: Kommen wir ohne AKW in Zukunft aus? Und das ist jetzt mit ein Grund, warum die CVP gesagt hat, wir können da beim Minderheitsantrag nicht mitmachen. Wir lassen vorläufig die Option KKW offen. Wir hoffen, dass kein KKW mehr gebaut werden muss, aber wir sehen die Versorgungslücke. Und vor allem kommt die Alternative Gaskraftwerk aus CO<sub>2</sub>-Gründen nicht in Frage, vor allem für die kantonale CVP haben wir uns deutlich vernehmen lassen. Und dann kommen wir natürlich auch zur Grundsatzfrage Wasserkraft. Soll man da noch optimieren oder nicht? Wir müssen dazu stehen, dass es da Zielkonflikte mit dem Naturschutz gibt. Wir sehen zum Beispiel auch Möglichkeiten in der Energieeffizienz und kommen dann zur so gern tabuisierten Frage der grauen Energie. Wie kann die eingerechnet werden? Seit dem Erdbeben in Basel stellt sich die Frage: Stehen wir zur Geothermie oder nicht? Wir stehen dazu und da steht auch die Axpo – nicht nur die Links-Grünen – dazu. Die Axpo steht zu einem grossen Potenzial, auch der Bund, aber da ist

eine mittel- bis langfristige Option. Aber hier liegt sehr viel drin, auch im Bereich Wärme-Kraft-Koppelung.

Nur schnell, es wurde bereits angetippt: Wir dürfen die Stromversorgung nicht separat anschauen, wir müssen Energie als Gesamtes anschauen. Und dann müssen wir akzeptieren, dass das Hauptproblem in der Energiepolitik sich in der Mobilität findet. Ob in der Luft oder am Boden, es ist das Hauptproblem, das die heissesten Eisen verursacht, die gerne dann umgangen werden. Also wenn schon Strompolitik, dann als Inhalt einer ganzheitlichen Energiepolitik, wo auch der Verkehr dazugehört. Und da sind wir am Ball, das können wir Ihnen versichern. Heute kommt ein Traktandum, wo genau in Richtung Ursachenbekämpfung etwas gemacht werden soll, und zwar das Traktandum, wo es heisst «Raumreserven besser nutzen»; wir haben da leider einen Ablehnungsantrag.

*Gerhard Fischer (EVP, Bâretswil):* Wenn ein Zusatzbericht etwas gebracht hat, dann gehört der vorliegende dazu. Es ist wirklich interessant, was alles noch zu Tage getreten ist und welche Vorschläge, welche Szenarien hier aufgezeigt werden. Und wenn wir von der EVP die zusätzliche Stellungnahme, den Minderheitsantrag hier unterstützen, dann geht es uns vor allem darum, dass in Zukunft nicht vergessen wird, dass wir vor allem und in erster Linie die Alternativenenergien und die Förderung der Energieeffizienz im Vordergrund haben wollen und dass alles daran gesetzt werden muss, damit die neuen erneuerbaren Energien erforscht und weiter gefördert werden. Es geht nun nicht darum, dass wir Schadenfreude haben ob dem Unglück der letzten Woche in Basel und das alles vergessen. Wir sind der Meinung, wir müssen umso mehr und bekräftigend dahinter gehen, dass die Geothermie erforscht und auch erprobt wird. Das dürfen wir nach einem solchen Vorfall nicht einfach aufgeben. Auch wir befürchten, wie es schon angetönt worden ist, dass angesichts der bevorstehenden Stromknappheit es unumgänglich ist, auch über AKW zu diskutieren. Auch wenn wir von der Fraktion dem hier sehr kritisch gegenüberstehen, so steht doch die andere Tatsache im Raum, dass wir vermutlich irgendwelche Kraftwerke bauen müssen. Und da stehen ja leider Kohlekraftwerke im Vordergrund. Das sind Dreckschleudern, die wollen wir nicht, darum wird diese Diskussion sicher lanciert sein, weil auch bei der Bevölkerung langsam, aber sicher das Bewusstsein kommt, dass wir in Zukunft ein Problem mit der Stromversorgung haben.

Aber noch einmal: Wir setzen uns vor allem dafür ein, dass erneuerbare Energien noch viel stärker gefördert werden.

*Ernst Brunner (SVP, Illnau-Effretikon):* So befassen wir uns halt schon wieder mit diesem Postulat. Diesmal gilt es, den von allen Parteien verlangten Ergänzungsbericht zu diskutieren und endlich das Postulat abzuschreiben. Wir danken der Regierung dafür, dass sie an unserer Stelle die Hausaufgaben gemacht hat. Der Bericht der Axpo und derjenige des VSE (*Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen*) sowie die Fantastereien der Umweltverbände waren Grundlage für diesen Ergänzungsbericht. Diesen hätten wir Parlamentarier mit etwas Fleiss auch selbst erarbeiten können, denn die notwendigen Unterlagen stehen allen offen. Wir anerkennen auch die realistische Einschätzung des bescheidenen Potenzials der neuen erneuerbaren Energien. Das Kuchendiagramm auf Seite 2 zeigt, wie lächerlich klein der Anteil an Strom aus alternativen Energien heute ist. Auch wenn wir hier den Anteil verdoppeln oder verzehnfachen – bis hier aus sehr wenig wenig und aus wenig später vielleicht einmal ein ernst zu nehmender Anteil am Ganzen wird, bis das soweit ist, dauert es noch lange, sicher länger als 2020. Der Zusatzbericht zeigt eindeutig auf, dass es nicht möglich sein wird, die fürs Jahr 2020 prognostizierte Stromlücke mit alternativen Energien, auch neue erneuerbare Energien genannt, zu füllen. Aber trotz dieser Erkenntnis ist bis jetzt keine Lösung in Sicht. Grosse Hoffnungen hatten alle Energiefachleute und Politiker im Zusammenhang mit dem Geothermie-Kraftwerk in Basel. Leider hat das Erdbeben der letzten Woche diese Hoffnungen zu einem grossen Teil zerstört, mindestens was eine rasche Nutzung dieser Energie betrifft. Ich habe es hier drin schon einmal gesagt: Es wird 2050, bis es soweit ist, Geothermie wirtschaftlich und in genügender Menge nutzen zu können. Die Erkenntnis, dass im Jahr 2020 nur Grosskraftwerke, seien das Kombi- oder seien es Kernkraftwerke, die zu erwartende Stromlücke schliessen können, sollte zum Wohl unseres Landes endlich in allen Köpfen dämmern. Sollten wir dies nicht tun, so werden wir mit offenen Augen in eine wirtschaftliche Katastrophe hineinschlittern.

Die Regierung schreibt in ihrem Schlusssatz, es sei zweckmässig, alle heute bekannten Optionen zur Stromproduktion offen zu halten. Das ist zwar richtig, aber ausserordentlich schwammig. Mich würde es brennend interessieren, auf welcher Schiene die Regierung das Entste-

hen einer Stromlücke verhindern will. Setzt sie auf Gas-Kombi-Kraftwerke mit ihrem hohen Anteil an CO<sub>2</sub> oder ist ihr die Kernenergie lieber? Sie sehen, mit etwas gutem Willen hätte man die Berichte von VSE und Axpo zur Kenntnis nehmen und daraus Lehren für die Zukunft ziehen können. Da es dazu aber eben Entscheidungswillen und Führungskraft braucht, die beide nicht vorhanden sind, verlangt die Mehrheit dieses Parlaments lieber Berichte, die das Gewissen beruhigen. In Richtung Problemlösung ist damit aber überhaupt nichts getan. Ich bedaure ausserordentlich, dass sich die Regierung zum Weg der Problemlösung nicht näher äussert.

Dann habe ich da noch eine Bemerkung zur abweichenden Stellungnahme. Es scheint uns abwegig zu sein, im Postulat ausdrücklich vom Jahr 2020 zu sprechen und dann zu monieren, dass die Postulatsantwort sich nicht auf das Jahr 2050 beziehe. Das scheint uns unfair und wir bitten Sie, diesen Antrag abzulehnen und das Postulat in der ursprünglichen Form abzuschreiben. Ich danke Ihnen.

*Rita Bernoulli (FDP, Dübendorf):* Auch die FDP stimmt der Abschreibung des Postulates zu. Auch wir haben seinerzeit mitgemacht, als es darum ging, beim Regierungsrat einen Ergänzungsbericht einzufordern, weil die Frage, wie man mit der Energieversorgung in den nächsten Jahrzehnten umgeht, nicht allein dogmatisch beurteilt werden kann. Es ging uns Freisinnigen darum, in der Auseinandersetzung Kernenergie versus erneuerbare Energien nicht schon heute etwas zu verhindern, sondern es ging uns darum, den Fächer der Möglichkeiten auszubreiten. Unterdessen ist der Ergänzungsbericht vor uns. Der Regierung sowie der Baudirektorin Ursula Gut insbesondere und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern muss attestiert werden, dass sie eine saubere Arbeit abgeliefert hat und dass insbesondere das Angebot erneuerbarer Energieträger im Kanton Zürich geprüft wird. Das Resultat heisst – das ist hier schon mehrfach betont worden: Mit erneuerbaren Energieträgern allein kann die Abschaltung von Beznau I und II nicht gelöst werden. Das bedeutet, auch das ist nichts Neues, dass wir vor einer Stromlücke stehen; das ist eine Realität, die wir alle anzuerkennen haben. Die Schweiz wird in absehbarer Zukunft mit einer Stromversorgungslücke konfrontiert. Um diese Lücke zu schliessen, ist unter anderem – und das sagen auch viele Fachexperten und Fachberichte – der Bau eines neuen KKW ins Auge zu fassen. Und damit ist die Diskussion der Klimapolitik beziehungsweise der Konflikt

Klimaschutz und Stromproduktion lanciert beziehungsweise in vollem Gange. Die Argumente sind auch hier wieder ausgetauscht worden und ich verzichte darauf, sie auch noch einmal zu wiederholen.

Ich meine grundsätzlich, dass wir bei allen Teilinteressen im Interesse der Zukunft der nächsten Generationen den Mut haben müssen, klare Fokussierungen vorzunehmen. Ich meine damit, dass Sie, meine Damen und Herren auf der linken Seite, aufgefordert sind, sich der Frage zu stellen, ob nicht die Kernkraft klimapolitisch die Lösung für unser Land sein könnte. Wir kennen ja alle die Bedenken, wir müssen diese aber im Hinblick auf die auf uns zukommende Versorgungslücke sorgfältig gewichten. Auch Sie müssen prüfen, ob es tatsächlich realistisch ist, auf diesen Zeitpunkt der Versorgungslücke hin eine Situation zu schaffen, welche das Problem allein mit neuen und erneuerbaren Energien löst. Dieses Idealziel und die Durchsetzung der eigenen Vorstellung lassen sich so in der heutigen Situation nicht mehr erreichen.

Ich bitte Sie im Namen der FDP, das Postulat abzuschreiben und den Minderheitsantrag abzulehnen.

*Ralf Margreiter (Grüne, Oberrieden):* Die Grünen unterstützen – Sie haben es schon gehört – die abweichende Erklärung der Kommissionminderheit, denn sie weist auf einen Schwachpunkt hin, der auch sonst in der Zürcher Energiepolitik festzustellen ist. Es mangelt an konkreten Massnahmen beziehungsweise an der konkreten Umsetzung der gesteckten hehren Ziele. Das steht für uns stärker im Vordergrund als wie auch immer geartete Fokussierungen, die irgendwo in den Wolken schweben. Wir kennen diesen Mangel beispielsweise vom Paragraphen 16 des Zürcher Energiegesetzes. Dort ist die Rede – und der Wortlaut ist ja ganz passabel – von Energieplanung und von Massnahmen zur rationellen Energienutzung, aber auch von der Förderung erneuerbarer Energien. Nur hapert es an der Umsetzung der schönen Worte. Der Energierahmenkredit wird in Sanierungsprogrammen ausgetrocknet. Das dringend benötigte Geld für die Senkung des Energiebedarfs durch Effizienzverbesserungen und für die Förderung erneuerbarer Energien wird gar nicht ausgegeben. Obwohl es dafür vorgesehen ist, spart es die Regierung einfach weg. Die angespannte finanzielle Lage des Kantons erlaube den vorgesehenen Betrag nicht, argumentiert der Regierungsrat. Damit wird klar: Nötige Schritte – und von denen sprechen wir hier eben –, nötige Schritte hin zu einer nachhaltigen Energiewende werden auf dem Altar der diver-

sen Steuergeschenke der letzten zehn Jahre geopfert. So wird es mit der Energiewende nicht vorwärts gehen, so wird man sie nicht erreichen, weil man es auch gar nicht ernsthaft versucht hat.

Das ist auch der Grund, weshalb wir Grünen unsere Volksinitiative für eine sichere und saubere Stromversorgung des Kantons Zürich lanciert haben. Wir wollen das Gesetz, das wie gesagt an sich gute Energiegesetz beim Wort nehmen und mit einer Förderabgabe auf Dreckstrom seine Umsetzung sichern. Wie es für den Förderartikel des Zürcher Energiegesetzes gilt, die nötigen Mittel für Effizienz und Innovation zur Verfügung zu stellen, so wollen wir auch hier die schönen politischen Ziele beim Wort nehmen und fordern ihre Konkretisierung in greifbaren Massnahmen, die aufzeigen, wie der Kanton seinen künftigen Energiebedarf decken will, ohne sich noch tiefer in den Klauen der Atomwirtschaft zu verstricken. Unterstützen Sie darum mit uns die Stellungnahme der Kommissionsminderheit!

*Gabriela Winkler (FDP, Oberglatt):* Ich bin verantwortlich für den wachsenden Strombedarf in diesem Kanton. In meinem Büro laufen fünf PC, privat haben wir drei davon, medial sind wir mit vier Fernsehern ausgerüstet, wir laden unsere I-Pods und unsere Handys am Strom auf. Und ich habe auch eine elektrische Wärmepumpe, welche meine Geschäftsliegenschaft heizt. Damit passe ich wunderbar in das Profil des modernen Strombezügers: Auf der einen Seite tut er etwas für die Umwelt, indem er eben CO<sub>2</sub>-frei und abgasfrei heizt, auf der andern Seite konsumiert er über die wachsende Zahl elektronischer Geräte in seinem Haus alle die Vorteile der von der Wirtschaft bereits zur Verfügung gestellten «gelabelten» Geräte, Stromspargeräte – Kühlschränke, Waschmaschinen, Geschirrwashmaschinen, Wäschetrockner und was der Dinge mehr sind –, die bereits auf dem Markt sind. Es ist eben so, dass die Energiepolitik weit gehend durch exogene Faktoren bestimmt wird wie einerseits das Wirtschaftswachstum, das in enger Korrelation zur Stromproduktion steht, wie andererseits durch eine leicht, aber immer noch wachsende Bevölkerung und drittens – das wurde hier verdankenswerterweise gesagt –, indem jeder von uns jedes Jahr mehr Quadratmeter beansprucht; mehr Quadratmeter an Bauten, Raum, in dem er wohnt oder arbeitet. Ich erinnere Sie an die Diskussion über die Grossraumbüros im Steueramt.

Nun, was ist zu tun, und vor allen Dingen, wer hat etwas zu tun? Die Zürcher Regierung ist gar nicht in der Lage, hier massiv einzugreifen.

Denn die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich, in deren Verwaltungsrat die Regierung selbstverständlich vertreten ist, ist keineswegs eine vertikal integrierte Institution, Stromversorgungsunternehmung, sondern eine reine Netzgesellschaft. Und als Netzgesellschaft ist sie Bestandteil des NOK-Gründungsvertrages und gehört damit zur Axpo. Wir haben also gar keine Gelegenheit, direkt vorzuschreiben, wie der Strom produziert werden soll, wenigstens nicht in diesem Gremium und wenigstens nicht als Zürcher Regierung.

Der Bericht insgesamt ist eine sehr wertvolle, eine sehr gründliche Analyse der Situation. Ich habe mit Freude das Votum von Peter Anderegg vernommen, der eine sehr differenzierte Stellungnahme abgegeben hat. Auch wir von der FDP sind klar der Meinung, dass ökonomische wie ökologische Kriterien gleicherweise auf neue erneuerbare, auf alte erneuerbare und auch auf konventionell thermische oder nuklear-thermische Anlagen anzuwenden sind. Wenn dies der Fall ist und wenn man dies konsequent tut, dann muss man leider feststellen: Die einzige Primärenergieform, in welcher sowohl die Versorgung der Abfälle wie auch die Emissionen während des Betriebes und auch der Abbruch bereits vorfinanziert sind, indem die externen Kosten voll internalisiert sind, ist das Uran, aus welchem wir durch die Kernspaltung 40 Prozent und im Kanton Zürich sogar 70 Prozent unseres Stroms beziehen. Ich kann deshalb nicht nachvollziehen, dass die SP-Fraktion im Ständerat geschlossen dafür gekämpft hat, dass die Gaskraftwerke, die zur Diskussion gebracht werden, von der CO<sub>2</sub>-Kompensation und -Abgabe ausgenommen werden sollen. Das ist ein Widerspruch, den ich Sie herzlich bitte, gelegentlich aufzulösen. Wenn wir alle Kriterien sauber anwenden, dann müssen wir feststellen: Es gibt keine Energieform, welche nicht Vor- und Nachteile hat. Jede stellt eine Herausforderung dar, was die Nebenwirkungen sind, und wir sind nicht in der Lage, mehr zu tun, als günstige Rahmenbedingungen zu schaffen und dem Markt zu vertrauen. Ich erinnere Sie daran, die Wirtschaft und das Gewerbe brauchen keine CO<sub>2</sub>-Abgabe, denn sie haben die Zeit, die das Gesetz ihnen gegeben hat, genutzt, um ihre Hausaufgaben zu machen. Der Kanton macht seine Hausaufgaben – wir werden das bei der Behandlung eines späteren Berichtes sehen – im Bereich der eigenen Gebäudebewirtschaftung ebenfalls. Wer es nicht unbedingt macht, ist der Private, weil eben dort über weite Strecken auch Anreize fehlen, Anreize, die zu setzen, wir in der Lage sein

werden, wenn die FDP ihre entsprechenden Vorstösse eingereicht haben wird. Ich danke Ihnen.

*Marcel Burllet (SP, Regensdorf):* Lieber Ernst Brunner, das sind keine Fantastereien, was wir hier mit dem Minderheitsantrag vorhaben. Ich halte es wie Rita Bernoulli: Wir wollen eine klare Fokussierung. Aber das Problem ist, dass Sie eben das Szenario der Umweltverbände nie ernst genommen haben und es wahrscheinlich – jetzt habe ich das wieder gehört in Ihren Voten – nicht ernst nehmen. Dort wird nämlich vorgerechnet, dass wir unsere Strommisere auch ohne neue Atomkraftwerke bewältigen können. Sie wissen, 40 Prozent der in der Schweiz eingesetzten Energie – es ist die Endenergie – verpuffen einfach so, ungenutzt! Das kostet uns, alle Schweizerinnen und Schweizer, 10 Milliarden Franken im Jahr. Und die grossen Profiteure dieser Verschwendung sitzen eben in Bern. Das sind die traditionellen Energieproduzenten und Endenergieverkäufer. Und da Letztere dort das Sagen haben, ist bei unseren Volksabstimmungen immer das Verschwendungsszenario unserer eigenen Stromgebühren kräftig mitfinanziert.

Wir stehen für einen Schritt in die richtige Richtung, für eine Effizienzsteigerung. Ich habe das in der Kommission gesagt, nur ein Beispiel: Die grössten Stromfresser im Haushalt sind die Standby-Geräte. Und das blosses Parat-Sein von Kaffeemaschinen, Fernsehern und anderen Geräten, von fünf Computern und all dem kostet ein Viertel des Haushaltsstroms. Wir müssten eigentlich hier sofort einführen: Standby nur noch für Ein-Watt-Geräte. Das Resultat dieser einfachen Massnahme kann sich sehen lassen, ich habe es in der Kommission vorgerechnet: Die jährlichen 2,8 Milliarden Kilowattstunden Bandstrom könnten damit das AKW Mühleberg nahtlos ersetzen; das sei hier wieder einmal gesagt.

Darum sage ich auch: Unterstützen Sie diesen Minderheitsantrag, damit auch die Alternativszenarien endlich einmal zu 105 Prozent aufzeigen können.

*Lisette Müller-Jaag (EVP, Knonau):* Weniger brauchen und voll auf erneuerbare Energien setzen! Wir haben gehört, es ist technisch möglich. Effizienzsteigerung im Gebäudebereich, im eigenen Verhalten, da kann man sehr viel sparen. Erneuerbare Energien weiterentwickeln,



fördern, Anreize schaffen, gute Rahmenbedingungen schaffen und informieren. Es ist möglich und es braucht den politischen Willen. Wir wissen von Deutschland und von Österreich, dass es der Wirtschaft dient, die erneuerbaren Energien zu entwickeln und einzusetzen. Und letzte Woche haben wir auch gehört, wie gut das in Schweden funktioniert. Es gibt überhaupt keinen Grund, weshalb wir zögern. Es ist Zeit, Ja zu sagen und alles daran zu setzen, dass wir auf die Schiene der erneuerbaren Energien kommen. Danke.

*Robert Brunner (Grüne, Steinmaur):* Geothermie ist im Moment stark im Gespräch und vielleicht nicht ganz so, wie wir uns das wünschen würden. Alfred Heer hat uns vorgeworfen, die Grünen hätten im Zusammenhang mit der Geothermie nur von Sicherheit gesprochen. Ich habe mein damaliges Votum nochmals rasch angeschaut, das Wort Sicherheit kam einmal vor, das Wort Risiko oder riskant siebenmal. Übrigens wurde in keinem andern Votum das Wort Risiko so häufig benützt. Ich bin trotzdem der Meinung, dass wir vor 2050 einen erheblichen Beitrag aus der Geothermie erwarten können. Wir hörten in diesem Jahr sehr viel über Erdbeben. Anlass der 650. Jahrestag des Erbebens in Basel. Im Zusammenhang damit wurde auch viel über die aktuelle Erdbebenforschung und -prävention berichtet. Die Sensibilisierung war hoch und deshalb die Kommunikation in Basel ganz bestimmt ungenügend. Wir müssen aber relativieren: Die Kernenergie hat in der Schweiz mit einer Kernschmelze in Lucens begonnen. Was ist in Basel passiert? Meine Verwandtschaft lebt in Neuseeland in einem seismisch aktiven Gebiet. Bei einem Beben bei der Grössenordnung von Basel würden die noch nicht mal eine Mahlzeit unterbrechen. Ich denke, man muss hier wirklich die Relationen zwischen Lucens und Basel wahren.

In einem Punkt komme ich aber wahrscheinlich Ernst Brunner näher, indem ich sehr viel Hoffnung auf Energieeffizienz setze. Ich glaube, da haben wir etwas mehr Übereinstimmung. Es geht darum, das heutige Wissen umzusetzen und mit neuem Wissen zu ergänzen. Wir lesen in der letzten Zeit immer häufiger, dass auf verschiedenen Gebieten die Entwicklung der Technologie rasant vorangeht. Zu erwähnen ist hier als Beispiel, dass die Werkstoffprobleme beim Stirlingmotor nach nun 190 Jahren gelöst sind. Und praktisch jedes Mal können wir dazu lesen, ein Energiekonzern habe enorme Summen in die Forschung gesteckt, und nach einigen Jahren kam etwas heraus. Die einseitige För-

derung der AKW, die wir in der Schweiz hatten, hat uns eben gerade bei den erneuerbaren Technologien in Rückstand gebracht. Die CO<sub>2</sub>-Neutralität von Atomkraftwerken muss man natürlich auch kritisch betrachten. Es gibt in den Bulletins der SES (*Schweizerische Energienstiftung*) einen Artikel, der darauf hinweist, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen eines Gaskraftwerkes im Vergleich zu CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Uranaufbereitung sich sehr bald einmal überschneiden. Es ist also auch blauäugig zu sagen, Atomkraftwerke seien CO<sub>2</sub>-neutral, und den ganzen Vorlauf der Uranaufbereitung nicht zu beachten. Danke.

*Lorenz Habicher (SVP, Zürich):* Eine tragische Geschichte, leider keine Weihnachtsgeschichte. Uns gehen spätestens im Jahr 2020 die Lichter aus. Am Anfang dieser Geschichte stand ein Postulat. Es wurde mit 64 Stimmen dringlich erklärt; knapp eine Dummheit begangen. Die SVP hat schon in der a-Vorlage die Abschreibung beantragt. In der kurzen Frist konnte nicht mehr erwartet werden als in der a-Vorlage stand. Leider blieben wir in der Minderheit, ein Ergänzungsbericht folgte. Heute beraten wir die c-Vorlage. Zu viel der Ehre! Der Ständerat hat sich letzte Woche gegen das Bestreben, Gaskombikraftwerke von der CO<sub>2</sub>-Abgabe zu befreien, ausgesprochen. Peter Andregg, oftmals wähne ich Sie besser bei der FDP als in der andern Partei. Für eine Vision 2050 bedarf es eines neuen Vorstosses, und es ist ein politisch fragwürdiger, ja komischer Stil von SP und Grünen, sollte die Angewohnheit der Ausweitung von eingereichten Postulaten erfolgen. Es wird immer wieder erwirkt, dass ein Postulat, das eigentlich bearbeitet ist, gut beantwortet wurde, nachträglich mit einer Stellungnahme noch ausgeweitet werden soll. Es ist schlechter Stil. Die Erkenntnisse daraus: Wir haben das Ende der parlamentarischen Möglichkeiten erreicht. Die letzte Chance ist eine abweichende Stellungnahme. Diese sollte aber lauten: Wir brauchen ein Kernkraftwerk sicher ab 2020, eventuell schon früher.

Zu Marcel Burlet. Die Freude der Linken und Grünen an elektrischen Bähnli ist grenzenlos. Sie beginnt bei der Modelleisenbahn im Keller oder in der Garage, sie endet bei neuen Tramlinien und Bahnstrecken. Wir sprechen hier nicht vom Standby-Betrieb von Geräten, wenn Sie an 100 Tagen im Jahr den Standby-Verbrauch eines ganzen Quartiers übertrumpfen. Ein Eisenbähnli fährt auch mit elektrischer Energie.

Ralf Margreiter, als Vertreter einer «Ein-Thema-Partei» können Sie nur Wünsche anbringen. Die Umsetzung wird durch unsere Unter-

nehmen und durch unser Gewerbe mit Sachverstand und Augenmass aktiv an die Hand genommen. Darum die SVP: Aktiv grün!

Abschliessend zu CVP und Geothermie: Politische Erdbeben Ja, geologische Erdbeben Nein. Die SVP unterstützt die endlich vorliegende Abschreibung dieses Vorstosses.

*Ueli Keller (SP, Zürich):* Ich möchte noch auf die Anregung von Kollegin Rita Bernoulli reagieren, die Linke möge prüfen, ob die AKW nicht eine Alternative aus klimapolitischer Sicht wären. Ich denke, wir werden die Prüfung nicht durchführen müssen, weil wir die Antwort auf diese Frage schon gegeben haben. Sie finden zum Beispiel auf der Traktandenliste Geschäft 45, unsere Parlamentarische Initiative, die Ihnen aufzeigt, wie die EKZ künftig auf eine atomfreie Strombeschaffung umgebaut werden könnten. Strombeschaffung mit AKW finden wir drum keine Alternative, weil schon beim Kauf des Betriebsstoffes Sicherheits- und Kostenprobleme anfallen. Beim Betrieb kennen wir die Sicherheitsprobleme; man kann jede Woche etwas davon irgendwo auf der Welt in der Zeitung lesen. Und bei der Entsorgung der Anlagen und des Abfalls werden wir für Zehntausende von Jahren eine strahlende Zukunft haben. Dieses Sicherheitsrisiko wollen wir nicht eingehen.

Die Position «Gaskombi oder AKW?» ist einfach eine falsch gestellte Alternative. Es geht zuerst darum, die Effizienz zu verbessern und den Stromkonsum zu reduzieren und alternative Energiequellen zu fördern.

*Peter Anderegg (SP, Dübendorf) spricht zum zweiten Mal:* Wenigstens haben Sie mich bei der FDP eingeteilt. Die hat zumindest vor 150 Jahren noch gesellschaftsliberal unsere Schweiz gegründet. Das ist besser als bei der SVP, aber ich bin sehr wohl bei der SP. Ich habe auch kein Problem mit meiner moderaten Position bezüglich Kernkraftwerke. Es ist letztlich natürlich für mich keine langfristige Lösung, weil wir ganz langfristig die gleichen Probleme haben werden wie mit den fossilen Energien. Langfristig sind nur die erneuerbaren Energien eine Lösung – lokal, regional und eben auch vor allem global.

Ich möchte noch zwei, drei andere Punkte dazunehmen. Wir haben ja immer die CO<sub>2</sub>-Problematik, die wir diskutieren, und dann auch die

Ausrichtung auf die 2000-Watt-Gesellschaft. Ich denke, wenn wir die 2000-Watt-Gesellschaft im Auge haben, dann müssen wir die CO<sub>2</sub>-Problematik ohnehin lösen. Von daher kann man zwischendurch auch den hehren Weg verlassen. Ich möchte nochmals darauf hinweisen: Wir können nicht nur über Strom diskutieren, wir müssen die gesamte Energie im Auge behalten. Dann können wir nämlich sehr intelligente Dinge tun, wenn wir die Treib- und Brennstoffe und die Stromproduktion berücksichtigen, weil wir dann alles sehr gut ausnützen können. Und dann darf beim Strom auch einmal ein bisschen mehr CO<sub>2</sub> sein, wenn wir zum Beispiel den Verkehr endlich in den Griff bekommen, der nach wie vor sehr stark steigt und einer der grössten Verursacher bezüglich CO<sub>2</sub> ist.

*Gabriela Winkler (FDP, Oberrglatt) spricht zum zweiten Mal:* Lieber Kollege Robert Brunner, noch schnell die Zahlen zum CO<sub>2</sub>-Ausstoss der Kernkraftwerke im Vergleich zu den übrigen Primärenergieträgern: Gemäss einer Studie des Paul-Scherrer-Institutes sind es bei der Braunkohle 1340 CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Kilowattstunde Strom, bei der Steinkohle 1170, beim Erdöl 855, beim Erdgas 605 und – Achtung! – bei der Kernenergie 16, bei der Wasserkraft 4, bei der Photovoltaik 93 bis 121 je nach Technologie und bei der Windenergie sind es 36 CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Kilowattstunde. Also mit meinen 16 Äquivalenten fühle ich mich noch ziemlich behaglich gegenüber den 605 beim Erdgas, das man offenbar jetzt bezüglich der Stromproduktion heilig sprechen will.

Im Übrigen rufe ich Sie dazu auf, endlich aufzuhören, die Energieträger untereinander auszuspielen. Es ist zu berücksichtigen, was wann wo. Wir werden bei der Debatte im Zusammenhang mit dem Treibstoff noch einmal darauf zurückkommen können, dass es regionale Anwendungen gibt, die hoch sinnvoll sind. Die entbinden uns indessen nicht davon, eben auch grossräumige Lösungen zu treffen, sei das in Treibstoffversorgung, sei das in der Stromversorgung. Es braucht einfach einen kühlen Kopf und ein heisses Herz in dieser Debatte. Dankeschön.

*Regierungsrätin Ursula Gut:* Ich nehme das Thema «erneuerbare Energien» sehr ernst und es freut mich, dass der Ergänzungsbericht positiv gewürdigt wurde. Das Know-how, sehr geehrter Peter Andereg, im AWEL ist eben ausgezeichnet, was nicht heisst, dass ich

nicht auch andere Meinungen und Informationsquellen lese. Der Regierungsrat kann Ihnen heute kein seriöses realistisches Szenario für eine Stromversorgung nach 2020 durch eine inländische, ökologisch nachhaltige Stromproduktion vorlegen, mit dem die wegfallende Stromproduktion aus Kernkraftwerken substituiert werden kann. Dies ist eine unbequeme Wahrheit, sehr verehrte Damen und Herren, die jetzt hier die Minderheitsmeinung vertreten, da können Sie noch so viele Forderungen an die Regierung stellen.

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 89 : 77 Stimmen, den Minderheitsantrag von Peter Anderegg abzulehnen.**

*Ratspräsident Hartmuth Attenhofer:* Das dringliche Postulat ist somit abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.

## 12. Augen auf beim Holzkauf

Postulat von Marcel Burlet (SP, Regensdorf), Jacqueline Gübeli (SP, Horgen) und André Bürgi (SP, Bülach) vom 30. Mai 2005

[KR-Nr. 157/2005](#), Entgegennahme, Diskussion

*Ratspräsident Hartmuth Attenhofer:* Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Hanspeter Haug, Weiningen, hat an der Sitzung vom 26. September 2005 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt. Der Rat hat zu entscheiden.

*Hanspeter Haug (SVP, Weiningen):* Ich bin seit der Einführung der Waldzertifizierung im Kanton Zürich Mitglied des Zertifizierungsausschusses des Waldwirtschaftsverbandes; dies zur Offenlegung meiner Interessen beim vorliegenden Postulat. Ich lege Ihnen ebenfalls offen, dass die Herausforderung für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung weniger bei der Waldpflege als vielmehr bei den Administrationsansprüchen der Zertifizierung ist; dies als Einleitung.

Der Regierungsrat wird ersucht zu prüfen, wie die öffentliche Hand und die staatlichen Betriebe zur Verwendung von so genanntem FSC-Holz (*Forest Stewardship Council*) verpflichtet werden können. Aus der Begründung ist ersichtlich, dass mit FSC-Holz ausschliesslich ausländisches Holz gemeint ist. Nun, FSC ist nicht nur ausländisches Holz, so wenig, wie es nur das FSC-Label für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung gibt. Durch das eine Auge gebe ich dem Postulanten allerdings Recht: Ihr Anliegen ist es, wenn schon ausländisches Holz, dann nur solches aus nachhaltiger und sozialverträglicher Produktion. Dass es nicht immer so ist, zeigte sich bekanntlich bei der Ausstattung der VIP-Logen im neuen Hallenstadion. Mit dem zweiten Auge muss aber auch die Situation im Kanton Zürich betrachtet werden und der Regierungsrat müsste mindestens gleichzeitig ersucht werden, eine Verpflichtung für einheimische Hölzer aus nachhaltiger Produktion zu prüfen, dies aus gutem Grund: Von den knapp 50'000 Hektaren Wald im Kanton Zürich sind heute zirka 80 Prozent mit dem FSC-, dem Q- und dem PEFC-Label (*Pan European Forest Certification*) zertifiziert. Die Tendenz ist steigend und eine Flächendeckung wird angestrebt. Unsere einheimischen Baummassen lassen sich vielfältig verwenden und stehen bezüglich Qualität den Tropenhölzern in keiner Weise nach. Mit der Verwendung von einheimischem Holz – und dies müss-

te eigentlich im Postulat im Vordergrund stehen – erreichen Sie eigentlich den gleichen Effekt, nämlich dass ausländisches Holz nicht mehr nachgefragt wird. Nein, Sie erreichen noch viel mehr: Durch guten Holzabsatz wird der heimische Wald sinnvoll genutzt. Sie erhalten Arbeitsplätze und vor allem tragen Sie dazu bei, dass ein Produkt nicht über Tausende von Kilometern herangekarrt wird, obwohl es bei uns vor der Haustür wächst. Und somit verhalten Sie sich aktiv grün!

Als Nebenprodukt – und dies sei nur am Rande erwähnt – fällt nebst dem Wertholz auch noch Holz für die Energie an. Und hier bin ich wieder bei meinen Holzschnitzeln. Diese geben allerdings gleich viel Wärme ab, ob sie nun zertifiziert sind oder nicht.

Das vorliegende Postulat greift zu kurz. Ich bitte Sie im Namen der SVP, es nicht zu überweisen. Ich danke Ihnen.

*Marcel Burlet (SP, Regensdorf):* Als erste Vorbemerkung: Es geht hier nicht um in- und ausländisches Holz. Das wird übrigens auch gar nicht erwähnt, mit keinem Wort. Zweite Vorbemerkung: Eben 11 Prozent Rücksichtslosigkeit, 13 Prozent Ignoranz, 21 Prozent Eigeninteresse, 9 Prozent Engstirnigkeit, 6 Prozent Kurzsichtigkeit, 13 Prozent Gier und 11 Prozent Gedankenlosigkeit und so weiter und so fort! Mir kommt das ein bisschen so vor, wenn wir hören, dass die SVP Diskussion dieses Postulates verlangt.

Worum geht es denn? Sie erinnern sich vielleicht, dass am gleichen Tag zwei Minuten vorher ein ganz ähnliches, fast gleiches Postulat von Hanspeter Haug durchgewinkt wurde – ohne Diskussion. Und jetzt frage ich mich: Was soll diese Schützengrabenmentalität, wenn zwei Minuten später etwas Gleichgelagertes aus der linken Ecke kommt? Holz ist nicht einfach Holz, Sie wissen es. Darum gibt es dieses Label mit der Marke FSC, Forest Stewardship Council abgekürzt. Dieses Label wurde 1993 gegründet und hat zehn Prinzipien aufgestellt. Und genau dieses FSC-Label ist das einzig glaubwürdige, auch in der Schweiz. Es ist verantwortlich für Waldbewirtschaftung aus Verantwortung; das zeigen klar drei Studien, die vom WWF gemacht wurden. Und man hat verschiedene Zertifizierungssysteme bewertet. Weltweit stammen die Holzprodukte im Wert von etwa 29 Milliarden Franken pro Jahr aus illegal eingeschlagenen Wäldern und schätzungsweise rund 19 Milliarden Franken gehen so vorbei an Steuern und Zöllen, werden durch die Holzmafia hinterzogen. 80 Prozent der Urwälder sind schon abgeholzt. Mir geht es um ausländisches Holz,

das stimmt. Dem Rest droht weitere Zerstörung. Viele Völker, unzählige Tier- und Pflanzenarten verlieren ihre Lebensgrundlage. Der weltweit wichtigste Klimastabilisator und Wasserspeicher verschwindet immer mehr. Sie wissen es bereits, wer Papier spart, sprich: Recyclingpapier an Stelle von Frischfaserpapier verwendet, wer FSC-Papier kauft, der schützt Wald und Klima. Da sollte unser Kanton nicht abseits stehen. 5 bis 10 Prozent des weltweiten Handels mit Rohholz, Schnitzholz und Paneelen entfällt in der Tat auf Material aus verdächtigen Quellen. Nahezu ein Viertel des Massivholzes und 30 Prozent des Sperrholzes stammen aus dubiosen Quellen. Rund drei Viertel des importierten Holzes liefern unsere Nachbarländer. Diese wiederum führen oft Holz aus Gebieten ein, die berüchtigt sind für unkontrollierte Holzfällerei: Frankreich aus den Tropen, Osteuropa – da kommt das Holz dann via Deutschland und Österreich –, dann auch Russland. Und unser Land liegt leider in der Länderbewertung Europas auf einem hinteren Rang punkto aktiven Schutzes gegen Holzraubbau. Man kann sagen, dass Raubbauholz praktisch ungehindert unsere Grenze passiert, wenn wir nichts dagegen unternehmen. Unter den europäischen Ländern liegen nur Tschechien, die Slowakei und Litauen noch schlechter da. Darum braucht es dieses Postulat.

Das FSC-Label verhindert Etikettenschwindel, denn fünf Prinzipien sind einzuhalten. Das gilt auch für den Schweizer Wald und darum sind auch über 80 Prozent der Flächen im Kanton Zürich bereits zertifiziert; ich komme noch darauf zurück. FSC-zertifizierte Wälder müssen 10 Prozent der Fläche als Schutzgebiete ausscheiden. Das Holz wird umwelt- und sozialverträglich bewirtschaftet; das ist der zweite Punkt. Dritter Punkt: Monokulturen und standortfremde Bäume sind nicht erlaubt. Die Verjüngung des Waldes soll auf 80 Prozent der Fläche mit standortheimischen Bäumen erfolgen. Viertens: Der Totholz-Anteil soll erhalten bleiben. Und fünftens: Holzschläge auf mehr als einer Hektare Waldfläche sind zu unterlassen. Sie wissen auch, dass das illegale Holz aus der ganzen Welt unsere Holzpreise massiv drückt. Nach Schätzungen sind es rund 14 Prozent. Die Schweiz könnte ohne Raubholzkonkurrenz aus dem Ausland viel mehr Holz exportieren, weil dann die Holzpreise um einen Siebentel höher wären; das hat man so nachgeforscht. Und einheimisches Holz würde konkurrenzfähig. Momentan steht ja einem Exportwert von 3,8 Milliarden Franken ein Importwert von rund 6 Milliarden Franken gegenüber. Das ist nicht in der Ordnung. Denken Sie daran, wenn Sie das nächste



Mal auf die Toilette gehen: Für WC-Papier werden ganze Wälder abgeholzt, denn 90 Prozent unseres Toilettenpapiers sind aus Frischholz, was auch nicht sein muss.

Auch in der Schweiz ist das FSC-Label für einheimischen Wald wichtig und nur von Vorteil. Der Wald wächst. Jedes Jahr breitet der Schweizer Wald sich um die Fläche des Thunersees aus, vielleicht nicht gerade im Mittelland, aber auf der Alpensüdseite und im Alpenraum. Zudem gewinnt der Wald an Volumen. Er überaltert, wird schlecht genutzt und wird so dunkler. Die Holzproduktion im Schweizer Wald betrug letztes Jahr rund 5,2 Millionen Kubikmeter. Der Holzzuwachs wird damit um nur die Hälfte wirtschaftlich genutzt. In der Schweiz verhindern die Gesetze seit über 100 Jahren, dass Raubbau passiert. So erstaunt es eben nicht, dass in der Schweiz vielleicht im Durchschnitt 60 Prozent zertifiziert sind, weil zum Beispiel das Wallis und das Tessin überhaupt keine FSC-Zertifizierung kennen. Aber der Kanton Zürich hat meines Wissens 83 Prozent der Waldflächen FSC-zertifiziert.

An Ihnen liegt es, national und international nicht in Rücklage zu kommen und unsere Wälder auch FSC-konform zu nutzen, das heisst nachhaltig und ökologisch, und das verlangen auch die Konsumentinnen und Konsumenten. Wald- und Forstwirtschaft ist bedeutend, das haben wir von Hanspeter Haug gehört. Wir haben 1600 Forstwirtschaftsbetriebe in der Schweiz und 7000 Waldarbeiter, und in 12'000 Holz verarbeitenden Firmen haben wir fast 66'000 Mitarbeitende. Wie vorher gesagt, erstaunt es nicht ob der Dumpingpreise, dass rote Zahlen geschrieben werden. Erhalten und schützen wir den Wald national und international nachhaltig, indem wir das FSC-Label als Norm einführen. Im Sinne von «Augen auf beim Holzkauf»: Unterstützen Sie das Postulat!

*Esther Hildebrand (Grüne, Illnau-Effretikon):* Ich habe bereits im Jahr 2003 einen Vorstoss eingereicht, der den Regierungsrat verpflichtete, die Aktion «Urwaldfreundlich» zu unterzeichnen. Der Vorstoss wurde – oh Wunder! – überwiesen und liegt nun mit der Nummer 4311 als Bericht und Antrag vor. Er wird demnächst in der KEVU behandelt. Gemäss Antrag wurden alle Vorgaben durch den Regierungsrat erfüllt. Der Regierungsrat hat die Baudirektion ermächtigt, die Aktion «Urwaldfreundlich» für die kantonale Verwaltung zu unterzeichnen. Sie wurde aufgefordert, für die notwendige Umsetzung zu sorgen und die

erforderlichen Weisungen zu erlassen, das heisst die kantonale Verwaltung, die obersten kantonalen Gerichte, die Gemeinden und die selbstständigen öffentlichen Anstalten wurden eingeladen, in ihrem Kompetenzbereich Holz und Holzprodukte im Sinne der Aktion «Urwaldfreundlich» zu beschaffen und zu verwenden. Das ist längst fällig. Wir sehen also urwaldfreundlichen und FSC-zertifizierten Zeiten entgegen.

Weshalb Marcel Burlet nun um Jahre verzögert beinahe den selben Vorstoss mit beinahe den selben Forderungen einreicht, ist mir nicht ganz klar. Er rennt damit sicher hoffentlich offene Holztüren ein. Trotzdem bitte ich Sie, diesen Vorstoss zu überweisen. Wir Grünen unterstützen den Vorstoss. Besten Dank.

*Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil):* Hanspeter Haug hat es bereits gesagt, 80 Prozent des Holzes der Zürcher Wälder sind FSC-zertifiziert. Einer Zertifizierung steht kaum etwas im Wege. Es ist auch nicht sehr aufwändig, auch wenn da sicher einige Verbesserungen gemacht werden können. Damit kann man auch nicht sagen, es würden gewisse Waldbesitzer diskriminiert in ihrem Absatz. Ganz sicher würde eine Überweisung dieses Postulates der inländischen Holzproduktion und den Waldbesitzern und Korporationen nur Positives bringen. Ich frage mich, ob es zum Beispiel beim Werkhof in Pfäffikon, der neu erstellt worden ist, wirklich zu verantworten ist, dass man dort die Aussenfassaden mit Schindeln aus Russland tapeziert hat. Haben wir denn nicht selber genügend Holz? Und ich frage mich, ob es noch möglich gewesen wäre, wenn diese Auflage gegolten hätte, Holz aus Russland zu holen für die Verkleidung einer kantonalen Baute von dieser Grösse.

Ich verstehe Sie nicht, Hanspeter Haug, warum Sie hier dagegen sind. Das würde uns doch nur etwas bringen. Ich weiss, vielleicht ist es einmal mehr wegen der Auflagen, dass FSC überhaupt zertifiziert wird. Aber ich denke, es würde wirklich uns etwas bringen und allen würde es helfen, vor allem auch dem Tropenholz. Es wäre allen gedient. Also ich bitte Sie, nochmals zu überlegen, ob Sie dieses Postulat wirklich nicht unterstützen können.

*Carmen Walker Späh (FDP, Zürich):* Ich spreche für die FDP und ich kann mich kurz halten. Die FDP verurteilt die Abholzung von Regenwäldern, das ist klar. Und sinkt die Nachfrage nach solchem Holz, so

kann damit ein wichtiger Beitrag gegen das Abholzen geleistet werden. Für die FDP-Fraktion ist es daher eine Selbstverständlichkeit, dass der Staat bei seinen Ausschreibungen oder bei sich selber Holz aus Raubbau nicht akzeptiert, so wie das übrigens viele private Firmen seit Jahren erfolgreich tun. Es ist für uns auch eine taugliche Massnahme, dass man bei der Ausschreibung verlangt, nur FCS-zertifiziertes Holz zu verwenden. Das ist eine einfache Massnahme, und angesichts der Bereitschaft der Regierung, diese Massnahme auch zu unterstützen, haben wir nichts dagegen und werden auch das Postulat unterstützen. Danke.

*Lorenz Habicher (SVP, Zürich):* Schuster bleib bei deinem Leisten! So ungenau, so verworren kann nur ein SP-ler mit fanatischen Grundzügen argumentieren. Vor lauter Bäumen sehen Sie den Wald nicht mehr. Sie haben die Motion «Recycling-Papier», die ohne die Mitwirkung der SVP eingereicht wurde, erwähnt. Haben Sie in der Ratspost die Antwort der Regierung gelesen? Es geht damit nicht um eine Angelegenheit, für die der Rat zuständig ist. Die Motion ist nicht motionsfähig. Der Vorstoss ist daher nicht motionsfähig. Was wollen Sie noch mehr? Bleiben Sie doch dort, wo Sie hingehören. Verlangen Sie keine Studien, keine Berichte! Unterstützen Sie die heimische Wald- und Forstwirtschaft! In diesem Fall: Unterstützen Sie die SVP, seien Sie aktiv grün und lehnen Sie diesen unnötigen Papiertiger ab!

*Richard Hirt (CVP, Fällanden):* Ich hoffe, dass ich bei meinem Leisten bleibe. Ich habe ja schliesslich auch Forstwirtschaft studiert und bin darin Professor geworden. Das einfach zu Lorenz Habicher, der offenbar den Leisten verlassen hat.

Ich möchte einfach sagen, dass der Kanton Zürich eine vorbildliche Waldwirtschaft hat. Er hat auch ein vorbildliches Waldgesetz; kein Wunder, ich war Präsident dieser vorberatenden Kommission. (*Heiterkeit.*) Dann kann ich auch mitteilen, dass Regierungsrätin Ursula Gut in den ersten 50 Tagen ihres Amtsantrittes den Waldwirtschaftsverband, in dessen Vorstand ich bin, eingeladen hat, um seine Probleme darzulegen, seine Ideen und so weiter. Und sie hat sehr gut zugehört. Ich bin eigentlich froh, dass ich bei Regierungsrätin Ursula Gut den Wald in guten Händen finde. Ich glaube auch, dass sie den Appell vom FSC-Label gehört hat. Es gibt ja auch noch das Q-Label. Der Schweizer Wald wird ja nach beiden Labels zertifiziert. Ich möchte

einfach noch anfügen zuhanden von Regierungsrätin Ursula Gut: Man soll nicht nur FSC-Label benutzen, sondern Holz aus dem Zürcher Wald.

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 100 : 55 Stimmen, das Postulat zu überweisen.**

Das Geschäft ist erledigt.

**13. Kantonale Fahrzeuge mit Erdgas-/Naturgas-Antrieb**

Postulat von Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden), Esther Hildebrand (Grüne, Illnau-Effretikon) und Jürg Stünzi (Grüne, Küsnacht) vom 29. August 2005

[KR-Nr. 243/2005](#), Entgegennahme, Diskussion  
(gemeinsame Behandlung mit [KR-Nr. 264/2005](#))

**14. Kantonale Fahrzeuge mit Gas-Antrieb**

Postulat von Gabriela Winkler (FDP, Oberglatt), Anita Simioni-Dahm (FDP, Andelfingen) und Gaston Guex (FDP, Zumikon) vom 26. September 2005

[KR-Nr. 264/2005](#), Entgegennahme, Diskussion  
(gemeinsame Behandlung mit [KR-Nr. 243/2005](#))

*Ratspräsident Hartmuth Attenhofer:* Der Regierungsrat ist bereit, beide Postulate entgegenzunehmen. Wir haben beschlossen, die beiden Traktanden zusammen zu behandeln und anschliessend getrennt abzustimmen. Heinrich Frei, Kloten, hat an der Sitzung vom 19. Dezember 2005 den Antrag auf Nichtüberweisung der beiden Postulate gestellt.

*Heinrich Frei (SVP, Kloten):* Erlauben Sie mir zuerst eine Vorbemerkung zur Fraktionserklärung der Grünen von heute Morgen. Beim Umweltschutz sind aktive Taten gefordert. Die Angstmacherei der Grünen und der Wahlkampf der FDP gehören nicht hierhin. Dafür ist

die Lage zu ernst und zu teuer. Ich werde Ihnen fortan Beispiele von aktiv Grünen liefern.

Zuerst Hanspeter Haug, mein Vorredner: Hanspeter Haug aus Weinigen hegt und pflegt seinen Rebberg seit Generationen. Das Resultat ist ein feiner Wein. Im Gegensatz dazu verhält es sich mit Ralf Margreiter und den meisten seiner Grünlinge so: Kein feiner Wein! Nein, roter Saft in grünen Flaschen!

Nun zur Sache. Ich spreche zu den Postulaten [243/2005](#) und [264/2005](#) betreffend Beschaffung kantonaler Fahrzeuge mit Erdgas-Naturgas-Antrieb zur Reduktion der Umweltbelastung bei den Neu- und Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen für den Kanton und seine Betriebe sowie Unternehmungen des ZVV (*Zürcher Verkehrsverbund*). Beide Postulate sind nur heisse Luft und abzulehnen, dies heisst, sie auf keinen Fall zu überweisen. Dies aus folgenden Gründen:

Vorab zu den Vorteilen von Gas- und Biogas. Speziell Biogas aus biogenen Abfällen ist eine der nachhaltigsten Energieproduktionen und erst noch CO<sub>2</sub>-neutral, im Gegensatz zu Erdgas. Biogas gehört die Zukunft. Dazu braucht es keine staatliche Bürokratie oder andere Staatsdiener, die den Umweltschutz erneut missbrauchen und die wir zudem auch noch teuer bezahlen müssen. Es stellen sich folgende zwei Hauptfragen:

Erstens: Muss überhaupt gefahren werden? Vielfach ist es nicht nötig, dass die Verwaltung selbst Fahrzeuge anschaffen muss. Die Beschaffungspraxis muss an erster Stelle überprüft werden. Wo Private effizientere und Umwelt schonendere Leistung erbringen können, sind diese damit zu beauftragen. Wenn ein Fahrzeuersatz trotzdem nötig ist wie bei Polizei, Feuerwehr stehen andere Kriterien an erster Stelle wie Sicherheit, Funktionalität und Zweck.

Zweitens: Der Regierungsrat hat Normen festzulegen. Da es sich bei Fahrzeugen um die Abgase und Normen handelt, also Euro-Klassen, die in den meisten Fällen vom Bund und von der EU übernommen werden müssen, hat der Regierungsrat diese für allfällige Neu- und Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen festzulegen. In jedem Fall muss nebst der Ökonomie auch die Ökologie beachtet werden. Das heisst: Sind die Kosten für die Beschaffung und den Betrieb gleich, ist die umweltfreundlichere Variante zu wählen. Also nicht Umweltschutz um jeden Preis, Gebühren sind auch Steuern. Dringend und aktiver Umweltschutz ist, wenn sich der Rat und die Regierung dafür einsetzen.

zen, dass gefahren und nicht gestanden werden muss auf den Strassen im Kanton Zürich.

Zusammenfassend kann Folgendes festgehalten werden:

Erstens: Umweltschutz beginnt vor der Fahrt und vor der Fahrzeugbeschaffung und vor den Grünen.

Zweitens: Beim ÖV muss die Gasvariante sicher geprüft werden.

Drittens: Sinnvoll für die Steuerung von Umweltprozessen ist ein systematisches Vorgehen. Umweltschutz bei Fahrzeugen ist ein langfristiges und fortlaufendes Problem, welches nicht mit Postulaten angegangen werden kann, sondern aktiv und immer.

Zum Schluss. Es braucht kein Postulat. Es braucht auch keinen Bericht. Und schon gar nicht braucht es Angstmacher und Verhinderer. Nein, es braucht Aktive wie die SVP. Die SVP war und ist die aktiv grüne Partei seit jeher! Die SVP lehnt beide Postulate ab. Danke.

*Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden):* Vielleicht haben Sie sich auch ein wenig gewundert, warum es für das beinahe gleiche Anliegen zwei Vorstösse braucht. Wir Grüne waren in der Tat erstaunt, als nach unserem Vorstoss noch ein weiterer Vorstoss zur gleichen Sache eingereicht wurde. Wir hätten nämlich das Postulat sehr gerne mit der FDP eingereicht und es hätte sich sehr gut gemacht, wenn wir für einmal zusammen für ein ökologisches Anliegen eingestanden wären. Schliesslich sollte es in der Politik ja auch manchmal um die Sache gehen, und nicht um die Profilierung! Wie dem auch sei, die FDP gab uns Grünen einen Korb. Offenbar wollte sie sich schon damals ein grünes Mäntelchen anlegen und selber ganz allein und ein wenig grün sein. Mit ihrem Vorstoss bittet die FDP den Regierungsrat, zu prüfen, ob bei Neu- und Ersatzanschaffungen für die kantonale Fahrzeugflotte nicht konsequent auf erd- und kompogasbetriebene Fahrzeuge umgestellt werden sollte. Wir Grüne fordern den Regierungsrat auf, in Zukunft bei Neuanschaffungen von Fahrzeugen nicht nur zu prüfen, sondern den erd- und kompogasbetriebenen Fahrzeugen den Vorzug zu geben. Wir wollen also nicht, dass der Regierungsrat prüft, sondern wir wollen den Regierungsrat verpflichten, dass er handelt und umsetzt. Bereits jetzt prüft nämlich der Regierungsrat bei Neuanschaffungen die Option Gasfahrzeuge. Wir brauchen das Prüfen also nicht mehr zu verlangen, das ist bereits getan. Denn auch der Regierungsrat hat eingesehen, dass aus ökologischer Sicht und vor allem in den Städ-

ten das Erdgas oder noch besser das CO<sub>2</sub>-neutrale naturgasbetriebene Fahrzeug das richtige ist. Es ist das Fahrzeug, welches die städtische Luft am wenigsten belastet. Und wenn es mit Naturgas betrieben wird, fährt es sogar CO<sub>2</sub>-neutral. Mit der konsequenten Anschaffung solcher Fahrzeuge könnte der Kanton einen wesentlichen Beitrag zur besseren Luft, zur besseren Lebensqualität der Menschen leisten.

Der Bund und andere Städte ergänzen schon seit einigen Jahren ihre Fahrzeugflotte nur noch mit erdgas-naturgasbetriebenen Fahrzeugen. Es ist also nicht einzusehen, warum dies nicht auch der Kanton Zürich tun sollte, besonders weil er ja zu den vom Autoverkehr und den vom CO<sub>2</sub>-Ausstoss am meisten belasteten Kantonen gehört. Diese Vorreiterrolle der öffentlichen Hand würde sich positiv und als Vorbild auf andere private Fahrzeughalterinnen und -halter auswirken.

Die Forderung der beiden Postulate ist sehr moderat. Wir verlangen keine Nachrüstung von benzinbetriebenen Fahrzeugen, wir verlangen lediglich, dass der Regierungsrat bei Neuanschaffungen eben auf Erdgas oder noch besser auf Naturgas setzt. In einer Zeit, da die globale Erwärmung eine Tatsache ist und weltweit Menschen bedroht, wo Klimakatastrophen und extreme Wetterlagen sich häufen und wo die Feinstaub- und Ozongrenzwerte wochenlang überschritten werden, müssen wir alles tun, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu reduzieren. Es kann nicht sein, dass unsere Kinder in Zukunft zur Schule schwimmen müssen. Sie haben das Recht auf eine gesunde Umwelt. Das könnte ein Ausspruch von uns Grünen sein, aber ich habe ihn letzte Woche von Thys Jenni, SVP-Nationalrat, gehört. Wahrscheinlich gehört er auch zu diesen aktiv grünen SVP-lern wie Heinrich Frei vorhin. Ob diese Aussage ein Hoffnungsschimmer in Richtung mehr Umweltbewusstsein ist oder lediglich Wahlpropaganda war, wird sich nach den Wahlen 2007 zeigen.

Im Moment bitte ich Sie, beide Postulate zu überweisen, sowohl die Version «light» der FDP wie die verbindlichere der Grünen.

*Gabriela Winkler (FDP, Oberglatt):* Sehen Sie, es gibt Leute, die brauchen einen grünen Mantel. Das sind all diejenigen, die keine grüne Seele haben. Ich brauche das nicht, ich bin gelernte Naturwissenschaftlerin ETH und die Anliegen des Umwelt- und Naturschutzes, die Gefahren der Energieproduktion sind mir seit dem Studium bestens vertraut.

Wir haben in einer Anfrage den Regierungsrat sanft darauf hingewiesen, dass es doch wünschbar wäre, wenn man eine Pionier-, eine Vorreiterrolle einnehmen würde im Bereich des Treibstoffsektors. Denn wir sind uns hier in diesem Saal wohl soweit einig, dass die wirklichen energiepolitischen Probleme hauptsächlich in der Mobilität und damit beim Individualverkehr und seinen Emissionen liegen, also gibt es hier Handlungsbedarf. Unsere Anfrage ist vom Regierungsrat sehr einseitig und abschlägig beantwortet worden und es sind sehr viele – ich würde mal höflich formulieren – verwaltungstechnische Aspekte in die Beantwortung eingeflossen. Diese haben wir in unserem Postulat aufgenommen und auch sehr differenziert widerlegt. Selbstverständlich gibt es bei einem Betrieb wie dem Kanton Zürich Fahrzeuge, einen Fahrzeugpark, der gewissen Anforderungen in jedem Falle gewachsen sein muss, und auf diese hat der Regierungsrat Rücksicht zu nehmen. Das ist der Grund für die so genannte Version «light». Manchmal verlangt Sachkompetenz eben auch entsprechende Differenzierung. Nichtsdestotrotz wird die FDP den Vorstoss der Grünen ebenfalls unterstützen und empfiehlt Ihnen, dies auch zu tun. Und selbstverständlich stehen wir geschlossen hinter dem Postulat der FDP, das ich zusammen mit meiner Kollegin Anita Simioni und meinem Kollegen Gaston Guex eingereicht habe.

Eine letzte Bemerkung noch zum Bereich Treibstoffe. Auch hier ist nicht der Kanton der Pionier, sondern hier ist es ein Grossverteiler in der Region Zürich, der dem Erfinder des Kompogases, einem eingeschriebenen FDP-Mitglied im Übrigen, Hand und Finanzierung geboten hat, um seine Anlage betreiben zu können. Und sämtliche Fahrzeuge, sämtliche Auflieger, die man normalerweise mit Diesel – vorläufig noch ohne Partikelfilter – betreibt, sind in dieser Gesellschaft bereits seit zehn Jahren vollständig ersetzt durch naturgasbetriebene Fahrzeuge. Es will mir niemand sagen, dass die Wirtschaft hinter dem Staat her rennt, sondern es ist umgekehrt: Der Staat muss in diesem Bereich hinter der Wirtschaft her rennen und das Vorbild für die Privaten setzen. Ich danke Ihnen.

*Willy Germann (CVP, Winterthur):* Die CVP unterstützt beide Vorstösse, obwohl sie in ökologischer Hinsicht bloss Peanuts darstellen, im einen Fall vielleicht ein Flick auf dem grünen Mäntelchen. Bei beiden Vorstössen geht es um die Vorbildfunktion des Kantons, um eine Vorreiterrolle. Das ist in einem Bündel von Massnahmen ein wichti-



ger Bestandteil. Daneben gehören aber auch steuerliche Anreize dazu; ich denke da an differenzierte Motorfahrzeugsteuern. Gebote sind dann eher in der Kompetenz des Bundes. Allerdings dürfen wir uns bei diesen zwei Vorstössen nicht Illusionen hingeben. Erdgas ist zwar besser als Benzin und Diesel, aber auch nicht CO<sub>2</sub>-neutral. Gefragt wäre also Naturgas und da gibt es ein Problem: Es gibt ein Angebotsproblem. Nur, der Markt wird das Angebot an Naturgas schaffen, wenn fossile Treibstoffe teurer werden. Nötig wäre also eine CO<sub>2</sub>-Abgabe des Bundes nicht nur auf Heizöl, sondern auch auf Treibstoff.

*Esther Hildebrand (Grüne, Illnau-Effretikon):* Ich möchte hier nicht weiter auf die Inhalte dieser beiden Vorstösse eingehen, doch zufällig entnehmen wir dem heutigen «Landboten» Folgendes: «Rote Augen wegen ultrafeinem Staub, Kopfschmerzen, Hautausschläge und Atemprobleme, darunter leiden Leute im Volkart-Haus. Das Problem: Ultrafeinste Russpartikel, die laut einem Gutachten auch von den Stadtbussen stammen könnten.» Sie sehen, wir liegen also mit unseren Vorstössen goldrichtig. Deshalb ist es umso begrüßenswerter, dass Gabriela Winkler einen identischen Vorstoss eingereicht hat. Selbstverständlich lässt sie dem Regierungsrat ein Hintertürchen offen. Der Passus «soweit nicht betriebliche Gründe die Einführung von solchen Fahrzeugen ausschliessen» ist typisch wirtschaftlich, typisch liberal und typisch inkonsequent. Damit kann man eigentlich jedes ökologische Anliegen killen. Denn die betrieblichen Gründe, die solches verhindern, kann man sicher bei langem Suchen immer finden, falls einem der Vorstoss nicht passt. Deshalb haben wir Grünen diese Bedingung nicht gestellt, nämlich weil wir die Originalgrünen sind. Es hat auch Vorteile, wenn wir heute über beide Vorstösse befinden müssen. Es hat auch Vorteile, wenn wir heute über zwei Vorstösse befinden müssen. So kann man getrost beide überweisen und dann schauen, was die Regierung daraus macht. Sie hat dann ja eine klare Variante von uns und eine gummigere von der FDP. Wir sind gespannt.

Bitte unterstützen Sie beide Vorstösse. Besten Dank.

*Monika Spring (SP, Zürich):* Also so toll, wie das Gabriela Winkler dargestellt hat, ist die Wirtschaft in ihrer Pionierrolle auch nicht bezüglich Naturgasanwendung. Sonst würden nämlich auf unseren Strassen längst nur noch naturgasbetriebene Fahrzeuge herumfahren. Die Förderung erneuerbarer Energien ist ein Gebot der Stunde, wir

haben das heute Nachmittag schon mehrfach gehört. Ich unterstütze aber auch das Votum von Willy Germann, der ganz klar daran erinnert hat, dass die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoffen eben auch ein Gebot der Stunde wäre, und das vor allem an die Adresse derjenigen, die sich jetzt ein grünes Mäntelchen umlegen. Selbstverständlich unterstützen wir von SP-Seite beide Postulate. Wir bitten Sie dann – wahrscheinlich ist das heute nicht mehr der Fall, dass es drankommt –, auch unseren Bio-Ethanol-Vorstoss zu unterstützen, der in eine ähnliche Richtung geht. Wir müssen alles tun, um im Bereich der Strassen und des Verkehrs ebenfalls die Treibhausemissionen zu reduzieren. Dabei geht es aber auch darum, dass man den Verkehr überhaupt vermindert. Daher erinnere ich daran, dass hier die FDP nicht sehr konsequent ist, wenn sie auf der andern Seite so viele neue Strassenbauten und Autobahnen verlangt, wie sie es bekanntlich im Verkehrsrichtplan im Sinn hat.

Biogasbetriebene Busse ziehen wir erdgasbetriebenen Bussen vor. Bekanntlich ist Erdgas auch nicht ganz so sauber und CO<sub>2</sub>-neutral. Aber trotzdem sind sie sicher besser auch bezüglich des Feinstaubausstosses. Die Technologie naturgasbetriebener Fahrzeuge ist vorhanden, also soll sie auch eingesetzt werden. Dass der Kanton hier eine Vorreiterrolle einnehmen kann und muss, unterstützen wir. Wir bitten Sie also, beide Postulate zu überweisen, und das wird ja heute Nachmittag offensichtlich kein Problem werden.

*Thomas Weibel (GLP, Horgen):* Naturgas ist eine sehr saubere Energie. Beim Verbrennen entstehen praktisch kein Feinstaub, kein Stickoxid, auch wenig ozonrelevante Stoffe oder kanzerogene Stoffe. Das Fördern von Erdgas im Sinne der Herstellung verschlingt verhältnismässig wenig Energie. Berücksichtigt man alle vorgelagerten Prozesse, so steht Erdgas um 50 Prozent besser da als Benzin, gegenüber Diesel sogar um 70 Prozent. Kompogas, der andere Bestandteil von Naturgas, ist CO<sub>2</sub>-neutral. Es wurde zu Recht darauf hingewiesen: Es ist die am besten nachhaltige Energie. Als Betriebsstoff ist Naturgas 30 Prozent günstiger als Benzin. Der Treibstoffzoll wird im Jahr 2007 zusätzlich um 40 Rappen pro Liter Benzinäquivalent gesenkt. Gasfahrzeuge machen also ökonomisch und ökologisch Sinn. Und genau deshalb überweist die Fraktion der Grünliberalen mit den Mitgliedern der EDU und der EVP beide Vorstösse. Die Last der Vorbildfunktion dürfen wir nicht allein Privaten überlassen. Auch der Kanton muss

Vorbild sein. Sonst kommen sich Leute wie ich – und dies ist wohl der Zeitpunkt, meine Interessenbindung offen zu legen: Ich fahre seit drei Jahren ein Fahrzeug im Naturgasbetrieb –, sonst kommen wir uns wie die Deppen vor, wenn wir Privaten alleine Vorbild sein müssen. Es sind vernünftige Postulate ohne Kostenfolge, also mit grossem Signalwert und entsprechendem Potenzial für die Umwelt.

Überweisen auch Sie die beiden Vorstösse!

*Luzius Rüegg (SVP, Zürich):* Ich spreche zum Postulat [243/2005](#) und später dann zu [264/2005](#).

Grüne Politikerinnen und Politiker führen sich als Sachverständige für alle möglichen Technologien auf. Mit ihren unvernünftigen Postulaten und Motionen beschäftigen sie während Jahren einen Rat von 180 Mitgliedern und versuchen, diesem ihre utopischen Ideologien einzupeitschen. Sie wollen nicht nur eine Übersensibilisierung, sondern eine Stigmatisierung der Bevölkerung.

Gemäss einer kürzlich veröffentlichten Studie des UMTEC (*Institut für Umwelt- und Verfahrenstechnik*) der Hochschule Rapperswil sind Dieselbusse heute so sauber wie Erdgasbusse. Da Dieselbusse aber kosten- und fahrleistungsseitig Vorteile aufweisen, gehen viele Kommunen vor der Erneuerung ihrer Flotte, auch bei der Anschaffung anderer Fahrzeugarten, nochmals über die Bücher. So haben die Verkehrsbetriebe Sankt Gallen die neuen Erkenntnisse bereits beim Entscheidungsprozess zur Erneuerung ihrer Busflotte berücksichtigt. Im Rahmen einer ökologischen, technisch-betrieblichen und wirtschaftlichen Evaluation von Diesel- und Gasbussen als Ersatz für die bisherige Dieselbusflotte fiel der Entscheid zu Gunsten von Dieselbussen aus. Beide Technologien präsentierten sich nach dem ersten Blick als gleichwertig. Ausschlaggebend waren sowohl betriebliche als auch finanzielle Vorteile. Topografische Besonderheiten einzelner Buslinien verlangen nach leistungsstarken Fahrzeugen. Testfahrten auf steigungsreichen Strecken mit am Markt geeigneten Fahrzeugen machen deutlich, dass die Gasbusse auf Grund schwächerer Motorisierung 20 bis 25 Prozent langsamer waren als die Dieselbusse. Leistungsstärkere Gasbusse werden zurzeit nicht angeboten. Um mit Gasbussen den Fahrplan aufrecht zu erhalten, müssten wohl zusätzliche Fahrzeuge angeschafft werden. Bezüglich Transportkapazität zeigte sich zudem, dass mit den Erdgastanks, welche auf dem Busdach montiert sind, bei gleichem zugelassenem Gesamtgewicht sechs bis acht

Fahrplätze verloren gehen. Aus finanzieller Sicht verursachen Gasbusse sowohl höhere Anschaffungs- als auch Betriebskosten. Hinzu kommen weitere Investitionen in eine neue Betankungsinfrastruktur und Sicherheitstechnik. Insgesamt würden damit die Gasbusse bei einer Beschaffung von zehn Standard- und 22 Gelenkbussen Zusatzinvestitionen von bis zu 5 Millionen Franken resultieren; eine Zahl, die den Stimmbürgern ihren Abstimmungsentscheid zu Gunsten des Beschaffungsantrags für Dieselbusse vereinfachen dürfte, nicht zuletzt auch auf Grund der Erkenntnis, dass moderne Diesel- und Gasbusse aus ökologischer Sicht gleichwertige Alternativen darstellen. Dasselbe gilt natürlich für alle anderen Fahrzeugkategorien.

Noch ein Wort zur Sicherheit. Viele schwerste Unfälle werden durch Gasheizungen verursacht und jeden Sommer passieren auch Unfälle mit Gasgrills. Wie ist das mit Gasautos? Dürfen dies überall abgestellt werden, auch in Tiefgaragen? Für Gasbusse müssen Einstellhallen mit überwachten Belüftungssystemen ausgerüstet werden. Sind die entsprechenden Kosten realistisch?

Liebe Grüne, für mich sind sachverständige Personen, die etwas von der Sache verstehen. Susanne Rihs ist Musiklehrerin, Esther Hildebrand kaufmännische Angestellte, und beide wollen die Vor- und Nachteile von gas- und dieselpetriebenen Fahrzeugen kennen. Nennt sich das grüne Politik, über etwas zu bestimmen, von dem man ökologisch und ökonomisch keine Ahnung hat? Welches Verkehrsmittel wählt denn euer immer grüner Robert Brunner, wenn er in seine zweite Heimat Neuseeland reist, aber gegen den Flughafen ist?

Zurück zur Vernunft. Die Technik hat die Politik schon überholt. Schon heute werden neue Fahrzeuge mit EURO5-Technik angeboten. Dies hat sogar den linksgrünen Stadtrat von Winterthur bewogen, neue Dieselbusse den Gasbussen vorzuziehen. Der Steuerzahler ist nicht bereit, für einen Zweiaxsgasbus zirka 100'000 Franken mehr zu bezahlen als für einen ökologisch gleichwertigen Dieselbus. Grundsätzlich bin ich nicht gegen Gas, aber es soll am richtigen Ort eingesetzt werden.

Lehnen Sie deshalb aus ökonomischen und ökologischen Gründen die Postulates [243/2005](#) und [264/2005](#) ab. Also reden wir nicht nur vom Sparen, tun wir es doch!

*Peter Reinhard (EVP, Kloten):* Ich möchte meine Interessenbindung bekannt geben als Mitglied des Axpo-Verwaltungsrates. Uns gehört auch Kompogas. In diesem Sinne haben wir selbstverständlich auch ein gewisses Engagement in dieser Frage.

Luzius Rüegg, es geht jetzt eigentlich nicht um eine Hasstirade für oder gegen Umweltschutz und gegen Gas, sondern es geht darum, dass wir ein Problem haben in dieser Welt. Es nennt sich irgendwie CO<sub>2</sub>-Problematik. Es geht darum, dass wir wissen, dass Öl eines der Hauptverursacher ist, dass wir es substituieren möchten, wollen und müssen, und zwar auch aus ökonomischen Gründen und nicht nur, weil es einige Spinner hat, die finden, das sei notwendig. Und da kann die öffentliche Hand eben mit ihren Fahrzeugen einen Beitrag leisten, wenn auch – ich gebe es zu – selbstverständlich damit nicht die Probleme gelöst sind. Aber es ist so, dass ein Umdenken stattfindet. Und wenn Sie sagen, wie viel weniger schnell Sie fahren oder nicht: Wir möchten mit den Bussen eigentlich auch keine Wettrennen fahren. Wir möchten von A nach B kommen, es hat Stationen dazwischen und da reicht selbstverständlich Kompogas bei weitem. Und ich sage Ihnen auch, es geht nicht darum, jetzt einfach nur diese Möglichkeit auszunützen. Es geht darum, eine Möglichkeit der Diversifizierung zu nutzen, und das ist eine! In diesem Sinne sollten Sie vielleicht nicht immer Nein sagen, wenn Sie dann auf der andern Seite sagen, Sie möchten ökologisch sein, sondern Sie sollten Ja sagen. Ein Postulat gibt Ihnen einen Bericht, einen Antrag. Dann können Sie nachher vielleicht auf der Faktenlage und nicht auf Grund Ihrer persönlichen Beurteilung entscheiden, ob Sie das wollen oder nicht. Danke.

*Luzius Rüegg (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Zum Postulat [264/2005](#). In der Kommunikation zählt gegenwärtig nicht, was geredet wird, sondern nur, dass geredet wird. Und in der Öffentlichkeit wird längst nicht mehr diskutiert, sondern nur noch emotionalisiert. Genau dies passiert hier im Rat.

Kennen Sie die negativen Auswirkungen beim Einsatz von Bussen mit Gasmotoren?

Erstens, Logistik: Die verschiedenen Antriebssysteme Trolley, Diesel, Gas erhöhen die Komplexität der Logistik.

Zweitens, Betankung: Erhöht das Gefahrenpotenzial. Es braucht teure, leistungsfähige Betankungsmöglichkeiten.

Drittens, bauliche Erfordernisse: Einstellhallen und Werkstätten müssen mit einem überwachten Belüftungssystem ausgerüstet werden; immense Mehrkosten.

Viertens, Fahrplan mit Gasbussen: Geringere Leistungsfähigkeit. Es müssen zusätzliche Busse eingesetzt werden.

Fünftens, Fahrzeugkosten: Ein Zweiachsgasbus ist zirka 100'000 Franken teurer als ein Dieselbus, hat zudem weniger Leistung und weniger Plätze. Der Fahrzeugunterhalt, die Betankung und der Service sind höher als bei Dieselbussen.

So viel mehr wollen Sie, liebe FDP-Postulanten, für neue Gasfahrzeuge ausgeben, obschon diese ökologisch und ökonomisch nicht besser als EURO5-Dieselfahrzeuge sind, ja sogar schlechter? Der Gemeinde- und der Stadtrat von Winterthur haben sich bereits entschieden, die Dieselbusflotte nicht auf Erdgasbetriebe umzurüsten. Die zu geringe Motorenleistung, die unbedeutenden Vorteile für die Lufthygiene, die verlangsamte Fahrweise und höhere Betriebskosten sprechen dagegen, war die Antwort des Stadtrates von Winterthur auf ein FDP-Postulat.

Dann haben wir heute im Tages-Anzeiger von Indonesien gelesen: «Palmenöl verdrängt den Regenwald, um Biodiesel zu produzieren.» Ist es das, was die Grünen wollen? Den Regenwald vernichten, um Biodiesel zu produzieren? Susanne Rihs, was für ein Auto fahren Sie? Etwa so wie Tele-Züri, einen Offroader und so weiter? Also Sie sehen, das sind Fakten! Wir müssen global denken und global handeln. Das nützt nichts, wenn wir hier in Zürich die Wirtschaft kaputtmachen vor lauter Vorschriften. Das sind die Probleme, die wir haben. Weltweit müssen die angepackt werden und nicht da, wo es am besten geht.

*Regierungsrat Ursula Gut:* Aus ökologischen und ökonomischen Gründen erachtet der Regierungsrat eine Erweiterung, Ergänzung der Flotte mit Erdgasfahrzeugen als sinnvoll, soweit der Einsatzzweck erfüllt werden kann. Grundsätzlich vertreten wir die Meinung, dass eine Reduktion des Schadstoffausstosses der kantonalen Fahrzeugflotte möglichst technologieunabhängig realisiert werden soll, das heisst auch andere, vergleichbar umweltschonende und energieeffiziente Antriebstechnologien gefördert werden sollen.

*Abstimmungen*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 99 : 58 Stimmen, das Postulat 243/2005 zu überweisen.**

**Der Kantonsrat beschliesst mit 98 : 56 Stimmen, das Postulat 264/2005 zu überweisen.**

Die Geschäfte 13 und 14 sind erledigt.

## **Verschiedenes**

### ***Weihnachtswünsche des Ratspräsidenten***

*Ratspräsident Hartmuth Attenhofer:* Wir sind ans Ende der heutigen Sitzung angelangt – der letzten im Kalenderjahr 2006. Für die Leistungen, die Sie in all den vergangenen Sitzungen erbracht haben, danke ich Ihnen auch im Namen von Volk und Vaterland. (*Heiterkeit.*) Mir bleibt, Ihnen zu den bevorstehenden Feiertagen meine Wünsche zu übermitteln. Ich will das gerne tun.

Ich wünsche mir von Ihnen, dass Sie endlich aufhören zu «sparen»! Sie haben noch fünf Tage Zeit, bis Weihnachten ist. Fünf Tage, in denen Sie Ihr Geld mit vollen Händen ausgeben sollen, statt zu «sparen». Und wenn Sie zu wenig «Cash» haben, dann borgen Sie sich welches, auf den Banken ist genügend da. Kaufen Sie mehr Weihnachtsgeschenke ein, beschenken Sie nicht nur Ihre Lieben, machen Sie auch Ihren Freunden, Ihren Kolleginnen und Ihren Nachbarn Geschenke. Sorgen Sie für Umsätze! Bevorzugen Sie einheimisches Schaffen und kurbeln Sie so den Binnenmarkt an. Denn nur ausgegebenes Geld ist volkswirtschaftlich wirklich sinnvoll angelegt. Das Gewerbe wird es Ihnen danken. Umsätze generieren Gewinne. Gewinne werden reinvestiert. Und wo investiert wird, entstehen neue Arbeitsplätze. Und wo Arbeitsplätze sind, gibt es auch Lehrstellen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen besinnliche Weihnachten. Und ich wünsche mir, dass Sie jene Menschen nicht vergessen, die nicht im Konsum schwelgen können, sondern mit einem eher kärglichen Einkommen auskommen müssen. Gerade diese Frauen, Männer und Kinder haben unsere guten Wünsche am ehrlichsten verdient. Und wenn

wir unseren Wünschen auch die entsprechenden politischen Taten folgen lassen, dann wird Weihnachten wirklich zum Fest der Freude.

Zum neuen Jahr, meine Damen und Herren, wünsche ich Ihnen und Ihren Angehörigen gute Gesundheit, Glück in der Liebe und Erfüllung in der Arbeit.

Ich erwarte Sie alle wieder in drei Wochen mit neuer Tatkraft, frohem Kampfmot und spannenden Voten. (*Kräftiger Applaus.*)

### *Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse*

- **Revidierter Fluglärmindex**  
Motion *Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*
- **Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen an der Primarstufe**  
Postulat *Andrea Widmer Graf (parteilos, Zürich)*
- **Arbeitsstellen und deren Ausgestaltung der Fachangestellten Gesundheit**  
Postulat *Erika Ziltener (SP, Zürich)*
- **Verzicht auf erleichterte Einbürgerung für nicht in der Schweiz geborene Ausländer zwischen 16 und 25 Jahren**  
Parlamentarische Initiative *Hans Heinrich Rath (SVP, Pfäffikon)*
- **Zukunft der Konservatorien**  
Interpellation *Willy Germann (CVP, Winterthur)*
- **Verfassungsrechtliche Abklärung des Minderheitsantrags «ZFI plus»**  
Dringliche Anfrage *Priska Seiler Graf (SP, Kloten)*
- **Nichtvollzug des Arbeitsgesetzes**  
Dringliche Anfrage *Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil)*
- **Elektronische Medien im Kanton Zürich**  
Anfrage *Beat Badertscher (FDP, Zürich)*
- **Kindergeld**  
Anfrage *Johannes Zollinger (EVP, Wädenswil)*
- **Archäologische Untersuchungen entlang der A4**  
Anfrage *Ernst Meyer (SVP, Andelfingen)*
- **Flankierende Massnahmen für die Sihltalstrasse**  
Anfrage *Thomas Weibel (GLP, Horgen)*
- **Abklärung über den ungenügenden Lärmschutz der neuen Schutzwände entlang der Autobahn A1 zwischen Unterengstringen und Oetwil an der Limmat**



Anfrage *Barbara Angelsberger (FDP, Schlieren)*

– **Koordination Semesterferien und Schulferien**

Anfrage *Andrea Widmer Graf (parteilos, Zürich)*

– **Vorübergehende Bewilligung von Sonntagsarbeit im Detailhandel während des Advents**

Anfrage *Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil)*

– **Bewilligung von Nachtarbeit Jugendlicher**

Anfrage *Ralf Margreiter (Grüne, Oberrieden)*

– **Die BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich und ihre Geschäfte mit Aktien der Swissfirst**

Anfrage *Ernst Züst (SVP, Horgen)*

Schluss der Sitzung: 16.30 Uhr

Zürich, den 18. Dezember 2006

Die Protokollführerin:

Heidi Baumann

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 6. Februar 2007.